

BULLETIN

NUMMER 4 | DEZEMBER 2022



- * 4 Energie - Kernkraft endlagern *
- * 10 Glencore - Zuger Firma rettet Putin *
- * 16 Wahlen - Kein Wandel in Sicht *
- * 18 Wahlen - Zuger Gefälle *
- * 24 Grünspecht - Grünen-Bashing *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Gestärkt in die Zukunft

4 Energie

Kernkraft endlagern

9 Glencore

Korruption tötet

10 Glencore

Zuger Firma rettet Putin

12 Kantonsrat

Zug und Energiemangel

15 Nationalrat

Pflegeinitiative verschlafen

16 Wahlen

Kein Wandel in Sicht

18 Wahlen

Zuger Gefälle

20 Ressourcen

Kreislaufwirtschaft

22 Flucht

Vergessen

24 Grünspecht

Grünen-Bashing

25 Gestreift

26 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Umschlagsbild: Menschenstrom ohne Atom vom 22. Mai 2011

Gestärkt in die Zukunft

Andreas Lustenberger & Esther Haas, Parteipräsidium

Der 2. Oktober 2022 stand schon lange in unserem Terminkalender drin. Nachdem wir 2018 den Regierungsratssitz nicht verteidigen konnten, war für den kantonalen Vorstand früh klar, dass wir dieses Mal nichts dem Zufall überlassen wollen. Meist genanntes Schlagwort in den vier Jahren Vorbereitungen, der freiwillige Proporz als Gralsbringer. Ein Analyseversuch der kantonalen Gesamterneuerungswahlen zwischen Licht und Schatten.

Nichts wollten wir nach dem enttäuschenden Wahlabend 2018 dem Zufall überlassen und starteten die Mission Regierungsrat bereits im Herbst 2020. Früh wurden erste Gespräche mit möglichen Kandidierenden geführt, sowie über mögliche Wahlszenarien diskutiert. Ebenfalls beauftragte der Vorstand einen Politverständigen, um die gemachten Überlegungen zu spiegeln. Die entscheidenden beiden Erkenntnisse daraus waren: Erstens, dass in einem kleinen Kanton wie Zug der Sprung in die Regierung bei Majorz-Wahlen für die Minderheiten am besten über die Bekanntheit eines nationalen Mandates geht und zweitens, dass sich die links-grünen Stimmen nicht aufteilen dürfen. Während sich ersteres nur mittelfristig und für zukünftige Wahlen umsetzen lässt, liess sich die Aufteilung der Stimmen mit einer proaktiven Wahlstrategie verhindern. Diese kantonale Wahlstrategie wurde in vielen Diskussionen gemeinsam mit der SP erarbeitet und sowohl der ALG-Vorstand wie auch die ALG-Parteibasis entschieden sich für eine links-grüne Regierungsratskandidatur aus unseren Reihen. Mit Tabea Zimmermann Gibson konnten wir eine kompetente und bekannte Persönlichkeit ins Rennen schicken.

Rund 80 Grüne stellten sich zur Wahl

Während die Debatte um die Regierungsratskandidatur schon früh enorme Kräfte mobilisierte und viel Zeit in Anspruch nahm, war es für die Parteileitung eine Herausforderung, alle anderen Wahlen nicht zu vernachlässigen. Der Super-Sunday heisst ja nicht umsonst so. Glücklicherweise durften wir hierzu erneut auf erfahrene Wahlkämpfer:innen in den Ortssektionen zählen, hatten einen engagierten Wahlausschuss beisammen und mit Oliviero Reusser als Wahlkampfleiter einen Glücksgriff gemacht. Auch in diesem Jahr waren unseren Listen für den Kantonsrat, den Grossen Gemeinderat und die kommunalen Exekutiven voll von engagierten Zugerinnen und Zugern. Alle bereit, sich für einen ökologischen, sozialen und solidarischen Kanton Zug einzusetzen. Während sich die Exekutivsitze in Menzingen und Baar leider nicht verteidigen liessen, freut es uns umso mehr, dass wir unseren Anteil bei den Proporz-Wahlen nochmals klar steigern konnten.

Bei Gesamterneuerungswahlen sind Freud und Leid stets nahe beieinander. Das Resultat bei den Regierungsratswahlen war für uns alle jedoch ein Schlag ins Gesicht. Noch nie in der Geschichte der Alternative – die Grünen führten wir eine so massive Wahlkampagne durch, und trotzdem fehlten für ein Mandat in den Regierungsrat mehrere tausend Stimmen. Den



von den Majorz Befürworter:innen viel genannten freiwilligen Proporz gibt es im Kanton Zug definitiv nicht. Zu gross ist der Wunsch der Bürgerlichen nach totaler Kontrolle. Daraus die Lehren zu ziehen ist schwierig, eine Rückkehr zum Proporzwahlssystem wäre wünschenswert.

Ein denkwürdiger Wahlabend – gemeinsam vorwärts

Wenn wir nun, rund zwei Monate nach den Wahlen, zurückblicken, dann bleiben uns vor allem zwei Dinge in Erinnerung. Einerseits die denkwürdige Wahlfeier am Sonntagabend, mit über 100 engagierten Kandidierenden, Mitgliedern und Sympis. Unsere links-grüne Bewegung lebt so stark wie nie zuvor. Das ist wichtig, denn unsere Stimmen für mehr Klimaschutz, mehr bezahlbaren Wohnraum, für eine starke Pflege, für internationale Gerechtigkeit etc., die braucht es umso mehr. Andererseits bleibt uns zum Schluss der Dank an alle, die sich in den vergangenen Monaten so unglaublich stark engagierten. Venceremos! ■

Kernkraft endlagern

Hansruedi Küttel, Redaktion BULLETIN

4 Alle schwatzen und schreiben zu einer möglichen Energiemangellage. Obwohl die Energiekonzerne abwinken, fordern Politiker*innen neue Kernkraftwerke oder Laufzeitverlängerungen bei alten AKW. Gleichzeitig hat die Nagra die Standortwahl für ein Endlager radioaktiv strahlender Stoffe präsentiert und damit einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Neuerdings befürwortet auch Greta Thunberg die Verlängerung des Betriebs von Atomkraftwerken. Was nun?

Nicht alle Leser*innen oder auch Politiker*innen kennen die Funktionsweise eines AKW und die daraus sich ergebenden Herausforderungen und Probleme. Wir stellen hier die wichtigsten Fakten zusammen.

Technik, Funktion

Atomkraftwerke (AKW) werden oft auch als Kernkraftwerke (KKW) bezeichnet. Die zwei Namen stehen für dasselbe System, KKW wurde als Bezeichnung eingeführt, um Assoziationen mit «Atombombe» zu vermeiden.

Die Nutzung der Atomenergie beruht auf dem Prinzip der kontrollierten Spaltung schwerer Atomkerne in angereichertem Uran. Durch die Spaltung von Atomkernen entsteht Hitze. Damit wird Wasser verdampft. Der Dampf treibt Turbinen an, die wiederum Generatoren antreiben, welche Strom erzeugen.

Atomkraftwerke nutzen nur einen kleinen Teil der Energie des Urans – weniger als ein Prozent. Heutige Reaktoren nutzen im Wesentlichen das Isotop Uran-235, das ca. 0,7 Prozent des Natururans ausmacht. Von der im AKW erzeugten Wärmeenergie gehen ca. 70 Prozent durch Abwärme verloren. Um diese Abwärme loszuwerden, wird Kühlwasser benötigt, das man in der Regel einem Fluss entnimmt. In der Schweiz sind zwei Kühlverfahren üblich. Das (erwärmte) Kühlwasser wird in einen Kühlturm geleitet, wo es abgekühlt und wieder dem Fluss zugeführt wird (Gösgen und Leibstadt). Ohne Kühlturm, also direkt mit dem Wasser eines Gewässers

(das sich dadurch erwärmt) wird in Beznau gekühlt. Die Entwicklung grundsätzlich neuer Reaktoren ist seit Jahrzehnten stockend. So ging ein Reaktor mit neuerer Technologie 2022 in Olkiluoto (FIN) mit 13 Jahren Verspätung und dreimal höheren Kosten als geplant ans Netz.

In einem Kernkraftwerk können trotz aller technischen Vorkehrungen geringste Mengen radioaktiver Stoffe in das Abwasser- bzw. Abluftsystem der Anlage gelangen. Für die Strahlenexposition der Bevölkerung durch die Abgabe radioaktiver Stoffe mit der Abluft und dem Abwasser von Kernkraftwerken gelten sehr niedrige Grenzwerte, die sich an der Schwankungsbreite der natürlichen Strahlenexposition (Sonne, kosmische Strahlung, radioaktive Gesteine) orientieren.

Eine andere Gefahr für die Umwelt besteht in den Kühlsystemen, wo bei Fehlfunktionen die Temperatur des in den Fluss zurückgeleiteten Was-



Harmlose Aussensicht auf das AKW Gösgen. Foto Gustav Nell.

Gefahren im Betrieb

Wenn wir hier von Gefahren schreiben, geht es nicht nur um Gefahren für Menschen, sondern um Gefahren für alle Bereiche der Biosphäre. AKW, Atommüllzwischenlager sowie Atommülltransporte geben radioaktive Strahlung ab, die Krebs verursacht und das Erbgut schädigen kann.

sers zu hoch sein könnte und somit den Lebensraum «Fluss» belasten würde.

Zuständig für die Kontrolle der Sicherheitsmassnahmen ist das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI): Das ENSI beaufsichtigt die Kernkraftwerke, Zwischenlager für radioaktive Abfälle sowie nukle-

are Forschungseinrichtungen. Nicht alle kritischen Beobachter*innen der Szene sind von der Arbeit des ENSI überzeugt. Die SES (s. Kasten) hat in der Vergangenheit bereits verschiedentlich vom ENSI akzeptierte Sicherheitsnachweise der Betreiberfirmen kritisiert und solide Berichte von anerkannten internationalen Experten vorgelegt. Die Schweiz hat schon länger keine AKW mehr in Betrieb genommen und fährt heute den ältesten Reaktorpark Europas. Darum sagt Fabian Lüscher, Leiter Fachbereich Atomenergie bei der SES: «Beim ältesten Reaktor Europas darf in Sicherheitsfragen keine Kompromisslösung gefunden werden.»



Gefahren bei Unfällen

Von den ersten AKW bis heute kam und kommt es in Atomanlagen immer wieder zu schweren Unfällen mit zum Teil katastrophalen Auswirkungen. Ein besonderes Risiko – leider sehr aktuell bei Reaktoren in der Ukraine – stellt ein Stromausfall im Reaktor (station blackout) dar. Im schwedischen AKW Forsmark zum Beispiel versagten 2007 nach einem schlichten Kurzschluss ausserhalb des Kraftwerks gleich mehrere Notsysteme, welche die Stromversorgung und damit die Kühlung des Reaktors sicherstellen sollten. Erst in letzter Minute gelang es, die Notstromgeneratoren doch noch zu starten; der Reaktor war da schon kurz vor dem Beginn der Kernschmelze. Eine solche Kernschmelze kann auf Grund der Überhitzung zu einer Explosion führen. Zu den schweren Unfällen

mit totaler Kernschmelze zählt der schweizerische Versuchsreaktor bei Lucens. Am 21. Januar 1969 trat Radioaktivität aus, blieb aber auf die unterirdischen Stollen beschränkt, in denen das Kraftwerk lag. Immer wieder war auch in der Bevölkerung die Sicherheit bei einem Flugzeugabsturz auf einen Reaktor (Unfall oder Terrorismus) ein Thema. Aufgrund einer saldo-Recherche hat das ENSI zur Gefährdung durch terroristische Flugzeugabstürze Stellung bezogen. Die Stellungnahme gibt einen Eindruck davon, wie Anspruch und Realität in der Schweizer Atomindustrie auseinanderklaffen. Zwar müssen AKW in der Schweiz gemäss einer ENSI-Richtlinie so gebaut sein, dass sie gegen Abstürze des «zum Zeitpunkt des Baubewilligungsgesuchs im Einsatz befindlichen Flugzeugtyps mit dem grössten Schädigungspotenzial» geschützt sind. Heute sind Flugzeuge aber viel grösser als in den 1960er und 1970er Jahren, und dagegen sind Schweizer AKW nicht geschützt. Das AKW Beznau wurde beim Bau gar nicht gegen einen Flugzeugabsturz ausgelegt. Für die Atomkraftwerke in Gösgen und Leibstadt bleiben laut ENSI die Anforderungen bindend, die zum Zeitpunkt der jeweiligen Baubewilligungsgesuche aktuell waren. Dürfen wir wirklich die Betriebsdauer solcher Anlagen verlängern?

Bau- und Betriebskosten

Anstatt in äusserst kapitalintensive, risikoreiche und ungewisse Technologien zu investieren, sollten die Kapitalströme dringend in eine nachhaltige Energiewende gelenkt werden. Die Technologien hierzu sind erprobt und stehen bereit. Weltweit geht der Trend weg von der Atomenergie. Dies allerdings nicht wegen Sicherheitsbedenken, sondern weil es kein rentables Geschäftsszenario für Atomstrom gibt. Sinkende Preise für Photovoltaik und Windkraftwerke sowie steigende Kosten

für Atomstrom sorgen dafür, dass Atomstrom aus dem Markt gedrängt wird.

In den USA verschwinden trotz Gegenmassnahmen immer mehr Reaktoren. Lizenzen werden zwar verlängert, allerdings wurden alle bisher abgeschalteten Reaktoren deutlich vor Lizenzende stillgelegt – aus wirtschaftlichen Gründen. Eine Kilowattstunde aus einem neuen Atomkraftwerk kostet mindestens dreimal so viel wie eine Kilowattstunde aus einer modernen Fotovoltaikanlage.



Woher kommt der Brennstoff?

In der Schweiz liegt eine Initiative auf dem Tisch, die den Bau neuer Atomkraftwerke wieder erlauben will. Von einer klimafreundlichen Energieform ist die Rede und von neuen, besseren Reaktortechnologien. Dabei wird übersehen, dass die Atomenergie bereits grosse Umweltschäden anrichtet, noch bevor die erste Kilowattstunde in einem Kraftwerk produziert ist, nämlich beim Uranabbau. 2021 wurden weltweit über 48000 Tonnen Uran produziert. Abgebaut wird der Rohstoff für militärische und zivile Atomprogramme in Minen in Kasachstan, Australien, Kanada, Russland, Niger, Namibia, Usbekistan oder den USA. Oftmals treffen die Auswirkungen des Uranabbaus indigene Völker. So finden sich rund 70 Prozent der bekannten Uranvorräte Nordamerikas auf indigenem Land. Vor rund hundert Jahren fing die Ausbeutung der Uranvorräte dort an. Zurück bleiben kranke Menschen, kontaminiertes Land und verseuchte

6

Wasserquellen. Ohne Aufklärung über die Gefahren, ohne spezielle Arbeitskleidung und ohne jeglichen Strahlenschutz arbeiteten Menschen aus der Region in den Minen. Bedeckt mit radioaktivem Staub gingen sie nach Hause zu ihren Familien und verseuchten diese, ohne es zu wissen. Sie fütterten ihre Kinder mit Baby-nahrung, die sie mit kontaminiertem Wasser zubereiteten. Oft erhielten sie als Lohnaufbesserung verseuchtes

Verseuchtes Material

Sowohl im Uranbergbau wie auch im Betrieb von AKW entsteht radioaktiver Abfall. Die Kernspaltung erzeugt instabile Atomkerne, die sich ohne äussere Einwirkung in andere Kerne umwandeln und dabei Strahlung aussenden. Die so ausgestrahlte ionisierende Strahlung wird umgangssprachlich auch «radioaktive Strahlung» genannt. Radioaktivität wird durch die Art

Brennstäben verarbeitet. Nach der Verwendung in einem AKW sind die verbrauchten Brennelemente hoch radioaktiv. In den AKW fallen aber auch andere radioaktiv kontaminierte Abfälle wie Baustoffe, Geräte oder Schutzbekleidung an, die zusammen mit Abfällen aus der Medizin, Industrie und Forschung zur Kategorie der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle zählen. Geht man von einer 60-jährigen Laufzeit der heute noch betriebenen AKW aus, werden in der Schweiz gemäss der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) insgesamt 9280 Kubikmeter verpackte hochaktive Abfälle vorhanden sein. Rechnet man alle weiteren schwach- und mittelradioaktiven Abfälle dazu, ergibt sich ein Gesamtvolumen von 82 534 Kubikmetern verpackter radioaktiver Abfälle. Es besteht daher einerseits ein Problem des Volumens, aber vor allem auch ein Problem der besonders gefährlichen Eigenschaften von hochradioaktiven Abfällen (HAA). Unser radioaktiver Abfall ist ein Problem für kommende Generationen. Bisher ist weltweit noch kein Tiefenlager für HAA aus Atomkraftwerken in Betrieb, es bestehen aber verschiedene Projekte. Um das Jahr 2030 soll in der Schweiz die Rahmenbewilligung für ein Tiefenlager erteilt werden, um das Jahr 2060 plant man heute den Beginn der Einlagerung und um das Jahr 2125 soll das Lager endgültig verschlossen werden. Dieser Zeitplan gilt als optimistisch. Selbst wenn er eingehalten werden kann, macht er eines deutlich: Die Generationen, die sich um den radioaktiven Abfall kümmern müssen, sind nicht mehr die, die den Atomstrom genutzt haben. Der Betrieb von Atomkraftwerken steht also im Widerspruch zum Ziel einer nachhaltigen Entwicklung.

Entsorgung / Endlagerung

Wir erzeugen also auf verschiedene Arten radioaktiven Abfall, welcher



Foto Flickr Dirk Vorderstrasse

Baumaterial aus den Abraumhalten, um neue Häuser zu bauen. Im Church-Rock-Gebiet, am südlichen Rand des Navajo-Reservats, begann der Uranabbau in den 1970er Jahren. Natürlich existierten schon damals wissenschaftliche Studien, welche die negativen Auswirkungen auf die Gesundheit belegten. Die Regierung wusste das, aber die Mineure waren nicht informiert. Die Botschaft der Bergbauunternehmen im ganzen Land lautete: «Alles ist sicher.»

der Strahlung (Alpha-, Beta- und Gammastrahlung) und durch die Halbwertszeit (Zeitraum, in dem radioaktive Strahlung auf die Hälfte abklingt) definiert. Da die Strahlungsabnahme exponentiell erfolgt, bleibt eine reduzierte radioaktive Belastung noch über Jahrtausende messbar. Natürliches Uranerz befindet sich in geringer Konzentration im Erdboden und ist wenig radioaktiv. Für die Stromerzeugung wird es konzentriert (angereichert) und zu

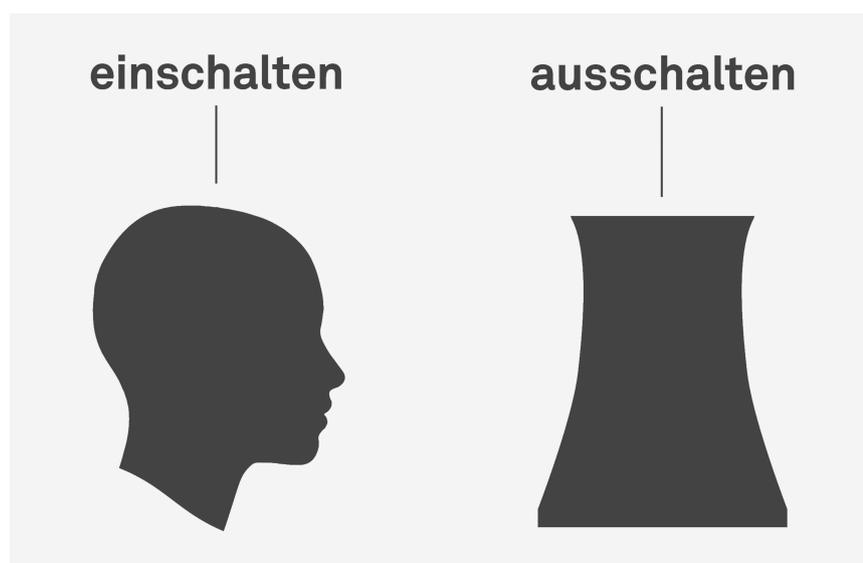
bis zur Inbetriebnahme eines «Endlagers» in einem oder mehreren Zwischenlagern warten muss. Zwischenlager wurden auch unter Sicherheitsaspekten nicht für eine derart langfristige Nutzung konzipiert. Heute gilt für Endlager die Tiefenlagerung der gefährlichen Abfälle in bestimmten geologischen Formationen als einzige praktikable Lösung. Weil die Brennelemente noch viele Jahre nach ihrer Entnahme aus dem Reaktor Wärme abstrahlen und über Jahrhunderttausende radioaktiv bleiben, sind die Anforderungen an ein Tiefenlager für AKW-Abfälle einzigartig. In der Schweiz muss das entsprechende Tiefenlager für den unvorstellbaren Zeitraum von einer Million Jahren sicher bleiben. Allein bis die Radioaktivität der Abfälle auf ein Niveau abgeklungen ist, das mit der Radioaktivität von natürlich vorkommendem Uran vergleichbar ist, vergehen laut Angaben der Nagra 300 000 Jahre, also ungefähr gleich viel Zeit, wie zwischen dem allerersten homo sapiens und uns vergangen ist.

Die aktuellen Konzepte für ein Endlager (Tiefenlager) sehen prinzipiell vor, dass «eingelagert» und später das Lager «endgültig verschlossen» wird. Wenn es um Sicherheitsfragen geht, muss aber auch ein Weg für bessere Verfahren offenbleiben. Das ist bei den heutigen Endlagerplänen nicht der Fall, denn die Rückholbarkeit der radioaktiven Abfälle ist nicht vorgesehen. Ab Beginn der Einlagerung nimmt die Möglichkeit zur Rückholung schrittweise ab – nach dem Verschluss des Lagers ist eine Rückholung kaum noch möglich. Erst 2024 muss die Nagra ein Grobkonzept zur Rückholbarkeit vorlegen.

Für alles Mögliche bemühen wir das «Verursacherprinzip». In Bezug auf die Endlagerung haben wir aber ein Problem. Das Verursacherprinzip funktioniert nur, solange die Verursacher existieren. Der Abfall aber bleibt. Es braucht eine Lösung dafür, dass die Verantwortung für

den Atommüll nicht zeitgleich mit den AKW-Betreibern verschwindet. Wer aber beobachtet die Endlager in 50 Jahren und später? Die Überwachung der hochradioaktiven Abfälle muss langfristig gewährleistet sein – ebenso deren Rückholbarkeit. Aus heutiger Sicht kann ein Lager gegen den Willen der lokalen Bevölkerung gebaut werden. Ein Jahrtausendprojekt dieser Dimension braucht aber mehr Demokratie!

Konzept für den Umgang mit Sicherheitsmängeln im Langzeitbetrieb. Einige Stimmen versuchen momentan, medienwirksam AKW-Laufzeiten von 50 oder sogar 60 Jahren zu normalisieren, denken gar über einen 80-jährigen Betrieb für die verbliebenen Schweizer Reaktoren nach. Andere fordern dreist, der Staat solle den verlängerten Betrieb der uralten AKW finanziell unterstützen. Der Grund liegt auf der Hand: Ein



Alles klar? (© stettlerbros.ch)

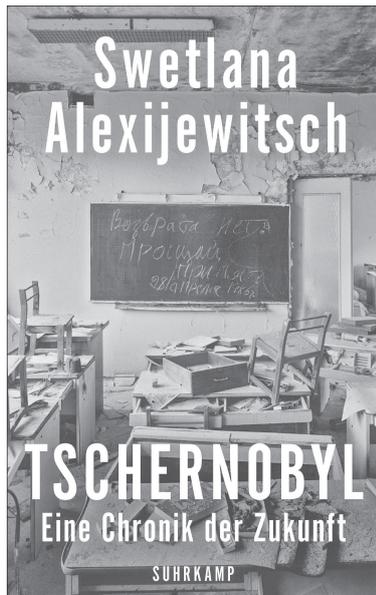
«Weltweit wächst die Menge an Atommüll. Doch auch 70 Jahre nach Beginn des Atomzeitalters hat kein Land der Welt eine wirkliche Lösung für die strahlenden Hinterlassenschaften der Atomkraft gefunden.» (Rebecca Harms)

Ausstieg aus der Atom-Technologie

Noch immer laufen die vier verbliebenen Schweizer Reaktoren unbefristet. Die Betriebsbewilligung gilt, «solange der Betrieb sicher ist». Obwohl 2024 die geplante Laufzeit des AKW Leibstadt endet, soll es nicht abgeschaltet werden. In der Schweiz fehlt sowohl ein Plan zur Stilllegung der bestehenden Reaktoren als auch ein wirksames

Stromabkommen mit der EU ist in weite Ferne gerückt und der Ausbau erneuerbarer Energien macht statt grosser Sprünge nur kleine Schritte. Längere AKW-Laufzeiten scheinen Abhilfe schaffen zu können – zumindest, solange man die zunehmenden Sicherheitsrisiken und Umweltbelastungen komplett ausblendet.

Verfolgt man die Debatte um verlängerte AKW-Laufzeiten, wird schnell klar: Diejenigen, die immer extremere Laufzeiten für AKW fordern, möchten sich über die sicherheitstechnischen Implikationen den Kopf lieber nicht zerbrechen. Und genau dieser Umstand ist ein ernsthaftes Problem: Nebst den AKW-Betreibern und dem Eidgenössischen Nuklearsicher-



Swetlana Alexijewitsch (Literaturnobelpreis 2015) schrieb zum Thema eine emotionale Reportage. Bild Suhrkamp

heitsinspektorat ENSI stehen grundsätzlich auch die Gesetzgeber*innen in der Verantwortung. Doch während atomaffine Politiker*innen alle Sicherheitsbedenken mit Verweis auf das ENSI von sich weisen, betont die Aufsichtsbehörde ihrerseits, dass sie sich nur im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für den Atomschutz einsetzen könne. Die heute geltenden Bestimmungen sind aber gar nicht auf auslegungüberschreitende Laufzeiten ausgerichtet. In diesem Verantwortungsvakuum wird die Kluft zwischen vom ENSI geprüften Sicherheitsanforderungen und zeitgemässen internationalen Standards, die für heutige Atomanlagen gelten müssten, immer grösser.

Und das Klima?

Atomkraft ist zu teuer, zu gefährlich und kommt zu spät. Atomkraftwerke sind keine nachhaltige Lösung für

die Klimakrise. Auch sie verursachen Treibhausgase, hinterlassen ein unendlich lang strahlendes Erbe und der Rohstoff Uran ist nur begrenzt verfügbar. Atomstrom hat zwar geringere Treibhausgasemissionen als beispielsweise Kohle- oder Gasstrom, klimaneutral ist er jedoch nicht: Sämtliche Prozessschritte von der Uranförderung über die Brennstoffherstellung bis zur Reaktorstilllegung und Atommüllentsorgung sind aufwändig und verursachen Emissionen.

Die Klimakrise erfordert rasche Massnahmen. Im Jahr 2015 einigten sich mit dem Pariser Klimaabkommen erstmals fast alle Länder, die globale Erwärmung nicht über zwei Grad Celsius steigen zu lassen, respektive möglichst das 1,5-Grad-Ziel einzuhalten. Die Treibhausgasemissionen müssen somit so bald wie möglich auf Netto-Null sinken. Um das Klima ernsthaft zu schützen, braucht es Investitionen in Effizienz und (neue) erneuerbare Energien. Die Atomkraft verhindert hier höchstens eine schnellere Fokussierung und damit früher einsetzende Skaleneffekte, welche die Kosten sinken lassen.

Aber woher soll dann der Strom kommen?

Wasserkraft, Wind, Fotovoltaik, Effizienz und Suffizienz! Die nationalrätliche Energiekommission hat sich für Massnahmen gegen die Energieverschwendung in der Schweiz ausgesprochen. Nun ist der Bundesrat gefordert, rasch Anreize auch für längerfristig energiebewusstes Verhalten vorzuschlagen. Seit Anfang September läuft die Kampagne des Bundes zur Einsparung von Strom und Gas. Gemäss den neusten Zahlen der EKZ zeigt diese Wirkung, ohne dass die Wirtschaft oder der Komfort von Privatpersonen eingeschränkt würde. Also gilt: Effizienz statt Verschwendung! ■

Quellen und zusätzliche Informationen

Schweizerische Energie-Stiftung SES, Newsletter, Energiemagazin (4-mal jährlich), immer interessant: www.energiestiftung.ch

Atomabfall weltweit: www.worldnuclearwastereport.org



Leider muss das auch nach 50 Jahren immer noch gesagt werden!

Korruption tötet

Jean Ziegler

Der luxuriöse Privatjet hob in Zürich ab. An Bord: fünf elegant gekleidete Herren aus Zug. Das Ziel ihrer Reise war Juba am Weissen Nil, die Hauptstadt der soeben entstandenen Republik Südsudan. Mit den Herren des weltgrössten Erdöl-, Gas- und Mineralienspekulanten Glencore reisten auch ein paar Dutzend schwarzer Aktenkoffer, gefüllt mit Bündeln von Geldscheinen, insgesamt 800 000 Dollar.

Es war Juli 2011, kurz nach der Proklamation der Unabhängigkeit des Südsudan. Die Herren aus Zug wollten möglichst billig Erdöl kaufen. Die Aktenkoffer enthielten das Korruptionsgeld für den südsudanesischen Präsidenten und seine Komplizen. Das

heit immer wieder solche bewegenden Schuldbekennnisse veröffentlicht. Peter Fraser, der Richter, der die britische Untersuchung geleitet hat, stellte denn auch nüchtern fest, dass «Korruption das Geschäftsmodell von Glencore» sei.



britische «Serious Fraud Office», eine Strafverfolgungsbehörde für schwere Betrugsdelikte, hat die Südsudan-Operation des Konzerns untersucht. Dafür wurde er am 3. November 2022 zu einer Busse von insgesamt 315 Millionen Franken verurteilt. Die Zuger Firma hatte die Anklagepunkte gestanden und war einer noch höheren Busse entkommen. Nach dem britischen Urteil veröffentlichte die Glencore-Direktion ein erstaunliches Communiqué, aus dem die Genfer Zeitung «Le Temps» (4. 11. 22) zitierte: «Unser Verhalten ist unentschuldig und hat künftig keinen Platz mehr in unserer Geschäftsstrategie.» Allerdings hatte der Zuger Konzern in der Vergangen-

Massaker mitfinanziert

Der Südsudan ist dafür ein tragisches Beispiel. Das Land ist hervorgegangen aus dem längsten Befreiungskampf Afrikas. Seit 1955 kämpften die Völker der Region des oberen Nil – die Dinka, Nuer und Schiluk – gegen die Armeen des arabisch-islamischen Nordens. Kaum befreit, stürzte der 12 Millionen Menschen starke Südsudan in einen furchterlichen Bürgerkrieg. Staatspräsident Salva Kiir, ein Dinka, verfolgte die Angehörigen der Nuer, die von Vizepräsident Riek Machar geführt wurden. Seit der Unabhängigkeit starben Zehntausende. Viele verhungerten, andere wurden von Mörderbanden

umgebracht. Glencores Bestechungsgelder an Kiir halfen, die Massaker zu finanzieren. Nach Ansicht der Wirtschaftsagentur Bloomberg können die Bussen Glencore nichts anhaben: «Im vergangenen ersten Halbjahr hat der Konzern einen Gewinn von 18,9 Milliarden Dollar gemacht, den höchsten Gewinn seiner ganzen Geschichte. Er hat an sein Aktionariat in diesem Zeitraum 4,5 Milliarden Dollar verteilt.»

Was ist zu tun? In der Schweiz wurde die Konzernverantwortungsinitiative vom Volk angenommen, sie verfehlte aber das Ständemehr. Bundesrätin Karin Keller-Sutter hatte die Initiative bekämpft. Sie versprach jedoch, ein Bundesgesetz vorzulegen, sobald die EU ein eigenes Gesetz formuliert habe. Das EU-Gesetz besteht mittlerweile. Der Bundesrat tut aber nichts. Eine Petition von Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften und Kirchen verlangt nun dringend die Ausarbeitung des Gesetzes, das die Konzerndelikte verhindern soll. ■

Jean Ziegler

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch «Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten» kam diesen Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus. Dieser Text ist am 18. November 2022 im Magazin «Work» erschienen.

Solidaritätsvideo von Jean Ziegler



Zuger Firma rettet Putin

Luzian Franzini

10

Die engen Bande der Glencore zum Kreml führten zu einem 11-Milliarden-Deal und einem Freundschaftsorden Putins für Glasenberg.

Ende 2016 stand es schlecht um das russische Staatsbudget. Die Rohstoffpreise waren am Sinken. Zudem entfalteten die Sanktionen wegen der russischen Annexion der Krim vom März 2014 und wegen des Abschusses eines Zivilflugzeuges durch prorussische Separatisten über der Ostukraine im Juli 2014 ihre Wirkung. Putin brauchte dringend mindestens zehn Milliarden Dollar vor dem Abschluss des Budgets 2016.

Putins Freude über die Glencore

Die Glencore, die wegen den stark gesunkenen Kohlepreisen selber angeschlagen war, erwies sich anfangs Dezember als Retterin in der Not. Sie organisierte für Putins Staats- und damit Kriegskasse 11 Milliarden Dollar – gemeinsam mit dem katarischen Staatsfonds und der italienischen Bank Intesa Sanpaolo. Putin, der verzweifelt Investoren gesucht hatte, freute sich persönlich im russischen Fernsehen über «die grösste Privatisierung und den grössten Verkauf im Öl- und Gassektor weltweit im ausgehenden Jahre». Und er freute sich weiter darüber, dass er den Sanktionen ein Schnippchen schlagen konnte. Weil das Geld aus dem Verkauf der «Rosneft-Anteile» direkt in die russische Staatskasse und nicht an Rosneft selber floss, kamen die Sanktionen nicht direkt zur Anwendung.

Die NZZ am Sonntag zitierte in einem Bilanz-Artikel zwei Monate später einen russischen Analysten: «Es gehe letztlich um eine ‹PR-Schlacht›. Russland habe um jeden Preis zeigen wollen, wieder attraktiv für internationale Investoren zu sein.» Im gleichen Beitrag wird der damalige und heutige Kriegsherr erwähnt: «Es sei ein ‹sehr gutes Ergebnis›, sagte Putin. Und Rosneft-Chef Igor Setschin lobte Putin vor laufender Kamera: ‹Dieser

Deal wurde dank Ihrem persönlichen Einsatz möglich.›» (12.2.2017) Der Artikel ist mit dem Foto, das den Händedruck von Putin und dem Glencore-CEO Glasenberg in Anwesenheit des italienischen Bankiers Carlo Messina am 25. Januar 2017 in Moskau zeigt. Anwesend war auch der katarische Scheich Abdullah Al Thani.

und könnte wieder zum wichtigsten Ölhändler eines der wichtigsten Ölländer werden. Rosneft stärkt umgekehrt seinen Zugang zum internationalen Markt und demonstriert, dass weder Sanktionen noch der relativ niedrige Ölpreis das Interesse an Russland erlahmen lassen.»

Glasenberg hatte es dank der langen Freundschaft mit dem katarischen Staatsfonds geschafft, mit einem geringen Einsatz von 300 Millionen Dollar bei einer Beteiligung von 19,5



Eine Zuger Firma, die schon längst zum Reputationsproblem geworden ist.

Machtstreben mit Geschäftssinn

Es war ein Deal, der allen Beteiligten nützte. Gleich nach dessen Abschluss schrieb die Neue Zürcher Zeitung (NZZ) über den Rosneft-Chef Setschin: «Was kann man von einem ehemaligen KGB-Agenten erwarten, der den Spitznamen ‹Darth Vader› trägt? Offenbar darf man erwarten, dass er Machtstreben mit Geschäftssinn kombiniert. Der Kreml bekommt das Geld und wird weiterhin das letzte Wort bei Rosneft haben. Glencore mit dem Aktionär Katar im Rücken festigt die Bande mit Rosneft

Prozent der Rosneft-Aktien dabei zu sein. Zudem sicherte sich Glencore die Vermarktungsrechte von zusätzlich 220 000 Fass Erdöl täglich.

Noch wichtiger als die Nähe zu Katar, dessen Staatsfonds neun Prozent der Glencore-Aktien besass (heute sind es acht Prozent), war und ist die Nähe zu Russland. Laut Experten waren die langjährigen guten Beziehungen zu den entscheidenden Exponenten ausschlaggebend für das erfolgreiche Abschliessen des Deals. So war die «Transaktion nur möglich, weil der gebürtige Südafrikaner Glasenberg seit Jahren enge Bande zu den Macht-

habern in Russland unterhält.» Glencore war 2007 bei der Kreierung von Rusal beteiligt, dem riesigen Aluminiumkonzern, an dem es noch zu 8,75 Prozent beteiligt ist. 2012 sicherte sich das Unternehmen zusammen mit dem Konkurrenten Vitol die Vermarktungsrechte für von Rosneft gefördertes Rohöl. Und im vergangenen Jahr erwarb Glencore eine Kapitalbeteiligung von 46 Prozent am kleinen russischen Erdöl- und Erdgasförderer Rosneft.

NordStream-Rosneft-Glencore

Dabei ist in Erinnerung zu rufen, dass Putin 1999 bis 2009 einen brutalen Krieg in Tschetschenien führte, 2008 georgische und 2014 ukrainische Gebiete annektierte, von 2015 bis 2021 in Syrien etwa 20 000 Menschen, die Hälfte davon Zivilpersonen, umbrachte und am 24. Februar 2022 in der Ukraine einfiel.

Mit ihrer Beteiligung bei Rosneft kam Glencore in direkten Kontakt mit Putins zwei wichtigsten Vertretern in Zug. Der NordStream-CEO und ehemalige Stasi-Offizier Matthias Warnig wie auch der NordStream-Verwaltungsrat und ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder waren damals Verwaltungsräte bei Rosneft. Der Mitgründer von Glencore, Willi Strothotte, hatte im Umfeld von Marc Rich den Übernamen «Eastman». Die «engen Bande» von Glencore zu Russland sind eine alte Geschichte. Deren Krönung bildete im April 2017 die Verleihung des Freundschaftsordens der Russischen Föderation durch Wladimir Putin an Ivan Glasenberg.

Glencore weigert sich, Russland-Geschäfte abzustossen

Bis heute unterhält Glencore Geschäftsbeziehungen zu Putins engsten Freunden. So hält Glencore noch immer 0,57 Prozent an Rosneft sowie 10,55 Prozent der Aluminiumholding En+. Deren Hauptaktionär, Oleg Wladimirowitsch Deripaska, ist laut Einschätzungen der «Stiftung Wis-



Hauptsache, die Fassade glänzt!

senschaft und Politik» des deutschen Bundestages «integraler Bestandteil des Systems Putin». Das Geheimdienstkomitee des US-Senats zeigte zudem auf, wie er mit dem Kreml zusammengearbeitet hatte, um die NATO-freundliche Regierung in Montenegro zu stürzen. Auch in Guinea und anderen Ländern hat er die Interessen des Kremls unterstützt. ■

Glencore in Zahlen

Glencore ist die weltweit grösste im Rohstoffhandel und Bergwerksbetrieb tätige Unternehmensgruppe. Ihr Hauptsitz befindet sich in Baar. Seit dem Börsengang 2011 werden Glencoreaktien öffentlich gehandelt.

Glencore ist umsatzmässig das zweitgrösste Unternehmen der Schweiz. Direkt oder indirekt werden rund 62 000 Mitarbeiter beschäftigt, von denen 60 000 an über 19 Standorten in 12 Ländern die industriellen Aktivitäten ausführen; für das Marketing sind etwa 2 000 Mitarbeiter in über 40 Ländern zuständig. Mit einem Umsatz von 205,4 Milliarden US-Dollar, bei einem Gewinn von 5,8 Milliarden US-Dollar, stand Glencore im Jahr 2017 laut den Forbes Global 2000 auf Platz 64 der weltgrössten Unternehmen.

Glencore ist für 0,38 Prozent der weltweit industriell erzeugten Treibhausgasemissionen zwischen 1988 und 2015 verantwortlich und somit einer der grössten Verursacher der globalen Erwärmung. (Quelle Wikipedia)

Zug und Energiemangel

Ivo Egger, Kantonsrat Baar, und Claudio Meisser, Cham

12

«Wir haben kein Versorgungsproblem, wir haben ein Emissionsproblem». Dieses Zitat von Werner Sobek (siehe Kasten) versuchen wir im vorliegenden Artikel zu verifizieren oder zu relativieren.

Die Schweiz braucht aktuell jährlich 60 Terawattstunden (TWh) Strom. Das entspricht 60 Milliarden Kilowattstunden (kWh). Zum Vergleich: ein Haushalt mit 3–4 Personen benötigt etwa 4000–5000 kWh, alle Lorzenkraftwerke von Unterägeri bis zum Frauenthal reichen etwa für 5000–6000 Haushalte.

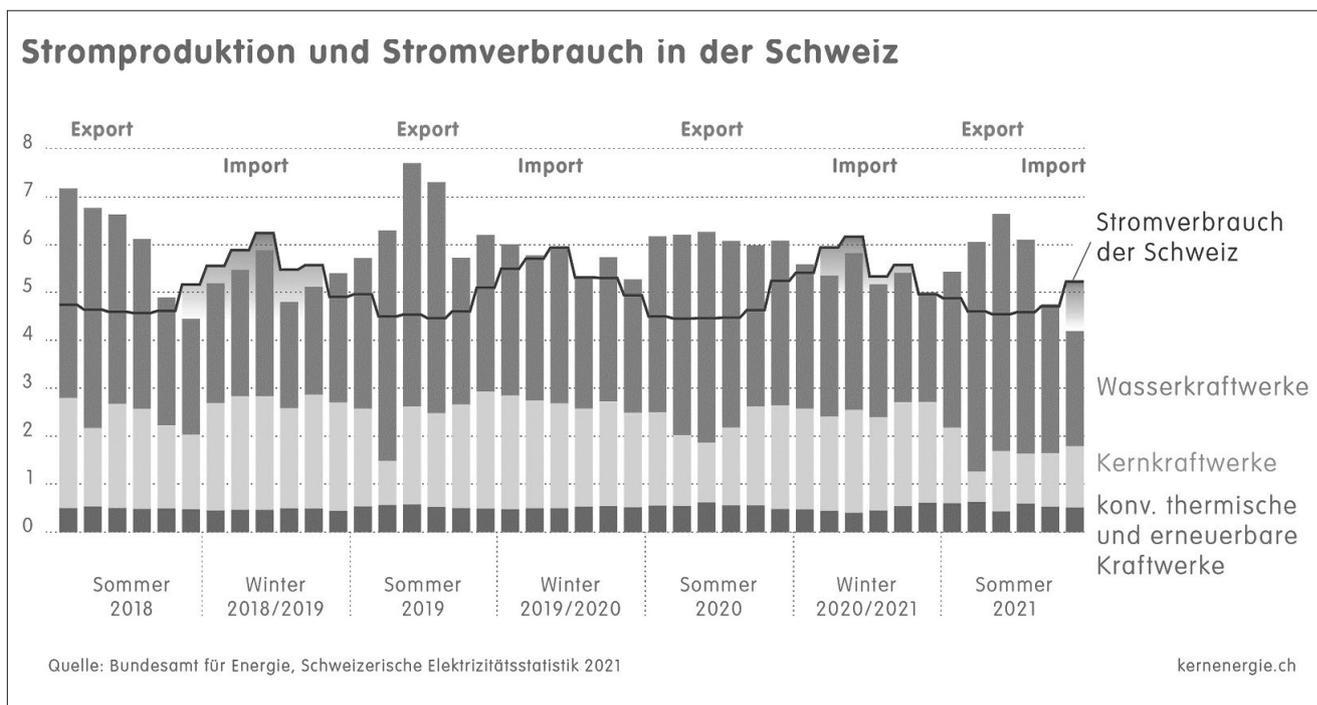
Obwohl sehr viele Geräte und Prozesse noch erhebliches Effizienzpotenzial aufweisen, wird der Gesamtverbrauch von 60 TWh in den kommenden Jahren aus zwei Gründen kaum deutlich abnehmen: Zur CO₂-Reduktion muss in den nächsten Jahren die Mehrzahl der «fossilen» Heizungen auf Strom konsumierende Wärmepumpen umgestellt werden, und die E-Mobilität wird zusätzlichen Strom benötigen. Folglich benötigen

wir, um den Strombedarf für unseren extrem hohen Lebensstandard ohne AKWs zu decken, ab 2042 jährlich zusätzlich 20 TWh. Der jährliche notwendige Zubau aus erneuerbaren Quellen beträgt also eine TWh (2021: 0,69 TWh). Zudem werden wir, um das Wintermanko zu überbrücken (siehe Grafik 1), kaum ohne alpine, gut in die Landschaft integrierte Photovoltaik-Anlagen und Windparks auskommen.

Weil im Norden Europas die Wind- und im Süden die Solarenergie wesentlich einfacher zu gewinnen sind, werden wir auch in Zukunft ein wichtiges Element im europäischen Transitverbund bleiben müssen. Die Zielsetzung einer stromautarken Schweiz ist ökonomisch und ökologisch nicht sinnvoll.

Wärme

In Zukunft basieren unsere Heizungen und Warmwasseraufbereitungen mehrheitlich auf Wärmepumpen. Modernste Wärmepumpen produzieren heute mit einer kWh hochwertigem Strom bis zu fünf kWh thermische Energie. Bei der Wasser-Wasserwärmepumpe entziehen wir die fehlenden vier kWh aus dem Erdreich oder aus dem See (z.B. Circulago der WWZ). Bei der weniger effizienten Luft-Wasserwärmepumpe wird die Energie, solange der Wärmetauscher nicht vereist, der Umgebungsluft entnommen. Solange wir durch sommerliches Kühlen den winterlichen Heizenergiebedarf nicht «überkompensieren», ist die Wärmepumpenstrategie, auch weil deren Lebenserwartung erfreulich hoch und stabil ist, ein guter Ansatz. Eine Alternative bildet die Fernwärme. Solange diese mit nicht nutzbarer, industrieller Prozesswärme oder mit der Rückkühlung von ARA-



Grafik 1: Um das Wintermanko zu überbrücken, kommt die Schweiz kaum ohne alpine, gut in die Landschaft integrierte Photovoltaik- und Windanlagen aus. Geben wir ihnen eine Chance mit zweimal JA!

Abwasser betrieben wird (kalte Fernwärme), ist dies zu begrüssen. Bei der KVA-Fernheizung besteht das Problem, dass diese auf den Brennwert unserer Plastikabfälle angewiesen ist und damit grössere Fortschritte im Bereich Recycling erschwert werden. Holzschnitzelfeuerungen mit moderner Filtertechnik eignen sich, falls das Brennholz lokal beschafft werden kann, für grössere Quartiere. Für kleinere Häuser oder wenn Erdsonden nicht zulässig sind, eignen sich Pelletheizungen. Leider korreliert deren Preis stark mit den Preisen für Elektrizität und fossile Brennstoffe. Auch deren Import aus dem Ausland verursacht zusätzliche CO₂-Emissionen.

Versorgungssicherheit im Winter 2022/2023

Aktuell (Stand Mitte November 2022) beurteilen wir die Situation als nicht besorgniserregend. Die Stauseen sind durchschnittlich voll (total ca. 6 TWh). Sie würden, wenn man sie nicht als Stromwaschmaschinen missbraucht, zusammen mit den AKWs und Laufkraftwerken die Stromversorgung bis Ende Frühling 2023 sicherstellen. Auch die sich in Deutschland befindlichen Gaslager sind nahezu voll, der Öltransport über den Rhein funktioniert normal und die Betreiber unserer AKWs erwarten bis anhin keine ungeplanten Ausfälle.

Inwiefern unsere Infrastrukturen bei nicht kommunizierten Teilabschaltungen oder Gasausfällen ordentlich funktionieren oder ob es zu unliebsamen Kettenreaktionen kommt, kann – weil wir es nie geübt haben – kaum jemand zutreffend prognostizieren.

Obwohl unsere Speicherwerke, die sich mehrheitlich im Verwaltungsvermögen der Kantone befinden, ideale, fast verlustfreie Batterien sind, reden unsere «Wirtschaftsvordenker» bei Blackouts (unvorhergesehene, grossräumige Netzzusammenbrüche) von Verlusten im Bereich mehrerer Mil-

liarden Franken pro Tag. Mit gefüllten Speicherseen könnten derartige Blackouts mit hoher Wahrscheinlichkeit vermieden werden. Allerdings wollen sich BKW, Alpiq usw. diese Reservenhaltung mit nahezu einem Franken pro kWh versilbern lassen. Axpo, die aktuell mit dem Stromhandel eine goldene Nase verdient – obwohl der Bund bereits einen Rettungsschirm aufspannen musste –, wollte noch höhere Vergütungen. Zwei Milliarden Franken wären aus unserem Blickwinkel eine vernünftige Entschädigung, um fünf TWh während dreier Wintermonate in Reserve zu halten. Dies sind aber lediglich «alternative» Gedankenspiele, die reale Wirtschaft gehorcht eher monetären und bonusgetriebenen Grundsätzen.

Energiebeschaffung und Strommarkt in den Gemeinden

Mit der Grafik 2, die wir auf der Basis von WWZ-Informationen erstellt haben, lässt sich die Situation vieler Stromversorger gut erläutern. Nur etwa fünf Prozent ihres verkauften Stromes (Lorzenstrom) produziert die WWZ selbst. Zwölf Prozent des Stromes stammen von Werken, an denen die WWZ beteiligt ist. Der grösste Anteil wird längerfristig (wie lange ist das?) und nur wenige fehlende Prozente werden an der volatilen Strombörse täglich eingekauft. Noch wichtiger ist aber die Grafik 3. Wer weniger als 100 000 kWh pro Jahr konsumiert, oder wer mehr als 100 000 kWh pro Jahr konsumiert und trotzdem das Risiko des liberalisierten Marktes nicht auf sich nehmen will (Grundversorgung oder gebundene Kunden), muss die von der Elcom (höchste Strombehörde der Schweiz) sanktionierten WWZ-Tarife (vom Solarstrom bis zum Graustrom) akzeptieren. Nicht immer billig, aber stabil. Dann gibt es WWZ-Kunden mit mehr als 100 000 kWh pro Jahr, die sich zwar für den liberalisierten Markt, aber nur für einen von der WWZ «selbst gemanagten Markt»

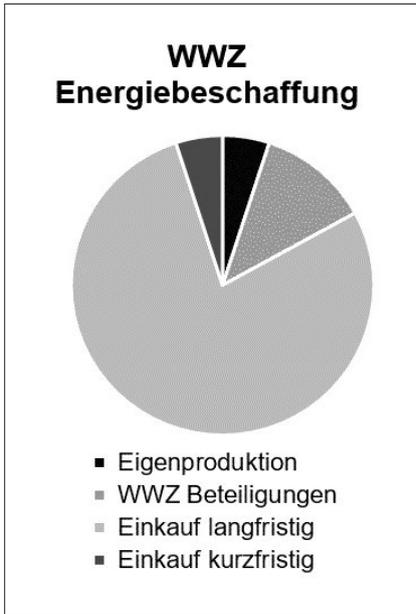
entschieden haben. Sie dürften das grösste up/down-Risiko tragen. Diese Kunden mit mehr als 100 000 kWh pro Jahr kaufen ihren Strom selbständig im freien Markt (kurz-, mittel- oder längerfristig) und erhalten von der WWZ lediglich eine Rechnung für die Netznutzung.

Der Zusammenschluss zum Eigenverbrauch (ZEV)

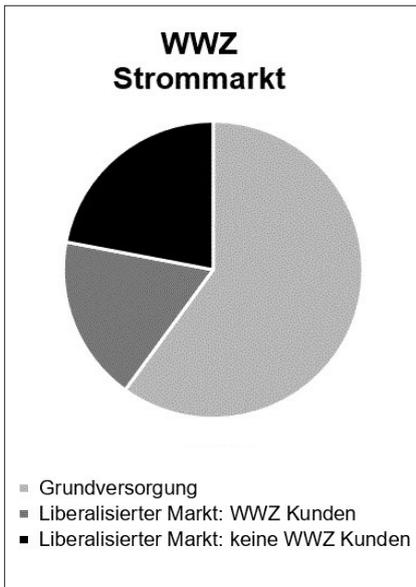
Im Zusammenhang mit den Effizienzbestrebungen darf das Tool des ZEV nicht vergessen werden. Wer in seiner Überbauung oder in seinem Quartier eine hohe Eigenproduktion auf Basis Photovoltaik oder Wasserkraftwerk bewerkstelligen kann, darf und muss seine Energiebezüge resp. Rückspeisungen mit einem einzigen Zähler erfassen, die resultierenden Stromkosten allen Mietern oder Besitzern von Eigentumswohnungen in Rechnung stellen und selbst einkassieren. Um Missbrauch zu verhindern, gilt: Die durch den ZEV versandten Rechnungen dürfen nie höher als die entsprechenden Rechnungen des in diesem Gebiet konzessionierten Grundversorgers sein.

Revision der Zuger Gesetzgebung und Förderbeiträge

Aktuell werden im Kanton Zug immer noch rund 9 000 Systeme (55 Prozent von 16 500 Heizungen) mit nicht erneuerbaren Energiequellen betrieben. Dieser Anteil muss stark reduziert werden: Nicht erneuerbare Energie verursacht nicht tolerierbare Treibhausgase, unterliegt hohen Preisvolatilitäten und wird auch oft von dubiosen Regierungen zur Finanzierung fraglicher Projekte missbraucht. Grundsätzlich müsste jeder Investor aufgrund der ihm bekannten Energie- und Amortisationskosten seine fossile Heizung durch eine mit erneuerbarer Energie ersetzen. Modelle auf Basis der Lebenszykluskosten, welche im Kanton Zürich eingeführt wurden, oder ein absolutes Ersatzverbot, wie es der Kanton Glarus kennt, wären wohl



Grafik 2: Nur etwa fünf Prozent ihres verkauften Stromes (Lorzenstrom) produziert die WWZ selbst.



Grafik 3: Die WWZ hat drei Kundengruppen.

die effektivsten Methoden. Die nun vom Zuger Kantonsrat verschärften Mustervorschriften im Energiebereich wollen, dass 20 statt nur 10 Prozent erneuerbar sein müssen. Wir hoffen, dass dies wie versprochen eine vergleichbare Wirkung zeigt. Die ALG-Fraktion wird dieser Kompromisslösung wie auch dem vorgesehenen Rahmenkredit, um den Umstieg auf Heizungen mit erneuerbaren Energiequellen zu beschleunigen, zustimmen. Auch für eine Pflicht zur Eigenstromproduktion bei Neu- und Umbauten werden wir uns einsetzen. Die dafür erforderlichen Mehrinvestitionen sind sinnvoll und lassen sich bei guter Planung rasch amortisieren. Zudem wollte der Zuger Regierungsrat mit der Schlussabstimmung zur «Teilrevision des kantonalen Energiegesetzes» unsere Motion betreffend einer «Zuger Solaroffensive» ohne separaten Bericht und Antrag als nicht erheblich erklären lassen. Zumal §4 d (neu) bei bestehenden resp. umzubauenden Gebäuden nicht zur Anwendung kommt, waren wir mit diesem Vorgehen und der beantragten Abweisung nicht einverstanden. Dementsprechend haben wir in der Detailberatung einen Antrag gestellt. Leider erfolglos.

Haben wir nun ein Versorgungs- und/oder ein Emissionsproblem?

Wenn der Kanton Zug die vorliegende Teilrevision des Energiegesetzes in Kraft gesetzt hat und die Umsetzung optimal fördert, haben wir zwar viel, dies aber viel zu spät erreicht. Wichtig ist nun, dass Gemeinden und Energiestädte den Eigentümern bei der effizienten Umsetzung helfen, mögliche Fehlanreize der Förder-systeme zu erkennen und allfällige Missbräuche rasch zu beheben. Eine noch wichtigere Aufgabe auf Stufe Gemeinde bleibt die optimale Koordination zukünftiger Nah- und Fernwärmenetze.

Zurückkommend auf das eingangs erwähnte Zitat von Herrn Sobek kön-

nen wir seiner Aussage abschliessend weder zustimmen noch sie verneinen. Fest steht, dass die autarke, erneuerbare Wärmeversorgung noch unzureichend umgesetzt und der mit der Klimaerwärmung einhergehende Minderbedarf ungenügend berücksichtigt wird.

Auch bei der Stromversorgung ist das Potenzial der Eigenstromproduktion gross. Ob mittels modernen oder «second hand» Batterien die autonome Stromversorgung eines Gebäudes ökologisch sinnvoll ist, hängt insbesondere von der Lebensdauer und Zyklusfestigkeit der aktuellen und zukünftigen Batterien ab. Dazu fehlen heute noch zuverlässige Daten. Zusammenfassend gibt es einen Grundsatz, um das Versorgungsproblem nachhaltig zu lösen: Energie möglichst dort, wo sie anfällt und benötigt wird, sparsam und effizient nutzen. ■

Werner Sobek

Deutscher Bauingenieur und Architekt. Er ist ordentlicher Professor an der Universität Stuttgart und Gründer des Instituts für Leichtbau Entwerfen und Konstruieren. Sobek ist einer der Initiatoren der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen. Das eingangs erwähnte Zitat stammt aus einem Referat des Nachhaltigkeitsforums von Zug Estates 2022.

Pflegeinitiative verschlafen

Manuela Weichelt, Nationalrätin Alternative – die Grünen

Vor einem Jahr hat das Volk die Pflegeinitiative mit grossem Mehr angenommen. Der Pflegenotstand soll so schnell wie möglich nachhaltig behoben werden. Der Bundesrat hat das erste Paket verabschiedet. Die Kantone sind trotz der langen Vorlaufzeit nicht bereit für die Umsetzung. Das zweite Paket bummelt beim Bundesrat im Schlafwagen vor sich hin.

Es waren einmal Ordensschwwestern, die sich um die Pflege unserer kranken und verletzten Mitmenschen für Gotteslohn kümmerten. Später kämpfte Florence Nightingale in England für die Professionalisierung der Krankenpflege und für die Eigenständigkeit des Berufs. In der Schweiz wurde 1899 die erste Krankenpflegeschule in Bern gegründet. Mitte der Dreissigerjahre wurde auch Krankenpflegepersonal in den Dienst eingezogen, im Gegensatz zu den Soldaten wurde ihnen jedoch kein Ansehen entgegengebracht. In den Achtzigerjahren ging das Pflegepersonal auf die Strasse, um auf den Pflegenotstand und die schlechten Arbeitsbedingungen aufmerksam zu machen.

Und bis heute sind keine Sterne oder Taler vom Himmel gefallen. Im Gegenteil, seit diesem Jahrhundert läuft eine Ökonomisierung des Gesundheitswesens, welche auf dem besten Wege ist, ihr Sparziel zu verfehlen und die Qualität der Pflege erneut so zu senken, dass sie wiederum kostenwirksam wird. Rund 46 Prozent der Pflegefachkräfte verlassen ihren Beruf heute frühzeitig, das sind durchschnittlich 2400 Austritte pro Jahr. Die Schweiz bildet nicht einmal die Hälfte des Bedarfs aus. Bis 2030 werden wir einen Pflegenotstand von gegen 30000 diplomierten Pflegefachpersonen (und total 65000 Pflegenden) haben. Wer wird unsere demente Mutter oder unser krebskrankes Kind pflegen? Die Antwort ist: Wir wissen es nicht.

Pflegeinitiative – erstes Paket

Vor rund einem Jahr hat das Volk die Initiative deutlich angenommen und der Bundesrat hat den Auftrag des Volkes in zwei Pakete geteilt. Das erste Paket entspricht dem damaligen

Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative. Also ein Gesetzestext, der bereits besteht und eine Ausbildungsöffnung beinhaltet sowie die Möglichkeit, dass das Pflegepersonal gewisse Leistungen direkt zulasten der Krankenversicherung abrechnen kann. Der Ständerat hat dieses Paket bereits angenommen, der Nationalrat wird das voraussichtlich im Dezember ebenfalls machen. Die Kantone sind angehalten, die Umsetzung subito an die Hand zu nehmen. Nur, die meisten Kantone haben die Erarbeitung der Anschlussgesetzgebung verschlafen. Gemäss einem vom BAG in Auftrag gegebenen Bericht vom Oktober 2022 haben lediglich Bern, Tessin und Wallis ihre Hausaufgaben gemacht.

Die Situation im Kanton Zug

Der Kanton Zug hat gemäss Bericht noch viel Klärungsbedarf, so dass wir voraussichtlich erst in einigen Jahren Bundesbeiträge beanspruchen können. Die Gründe, warum der Kanton Zug im tiefroten Bereich ist, benennt der Bericht wie folgt:

«Der Kanton Zug kennt im Bereich Pflege weder in Spitälern noch in Pflegeheimen oder bei der Spitex eine Ausbildungspflicht. Eine Ausbildungsverpflichtung wurde im Jahr 2014 intensiv geprüft und als nicht sinnvoll erachtet. (...) Der Kanton verlangt von den Betrieben auch kein Ausbildungskonzept.

Es gibt im Kanton Zug neben dem bestehenden Stipendiengesetz keine gesetzlichen Bestimmungen, um die Ausrichtung von Beihilfen an künftige Pflegefachpersonen in Bildungsgängen der Höheren Fachschulen oder Fachhochschulen zu gewährleisten. Der Kanton hat keine Zielgrössen für die Anzahl Auszubildender in

der Pflege an Höheren Fachschulen definiert. (...) Der Kanton Zug zahlt nur die Studierendenbeiträge gemäss Höherer Fachschulvereinbarung (HFSV). Darüber hinaus werden keine Beiträge an die Höheren Fachschulen ausgerichtet.»

15

Zweites Paket

Der Bundesrat hat ein Jahr nach der Volksabstimmung noch nicht einmal die Eckwerte für das zweite Paket bestimmt. Dabei geht es vor allem um



Auch der Kanton Zug verschläft die Umsetzung der Pflegeinitiative.

die Personaldotation und um Arbeitsbedingungen (Arbeitszeiten, Vereinbarkeit Beruf und Familie, Löhne, GAV). Bereits mit der heutigen Gesetzgebung könnten die Kantone und der Bund die Arbeitszeit des Pflegepersonals bei gleichbleibendem Lohn reduzieren, Zeitgutschriften und Zulagen auszahlen sowie die Einhaltung der Ruhezeiten und Pausen kontrollieren. Wie oft haben die kantonalen Arbeitsinspektoren die Gesundheitseinrichtungen kontrolliert? Was hat das Seco als Aufsicht bis heute gemacht? Die Antwort ist: Schweigen. Der Bundesrat und auch der Kanton Zug verschläft die Umsetzung der Pflegeinitiative. Dem Willen des Volkes wird nicht nachgekommen. ■

Kein Wandel in Sicht

Philippe Koch, Politikwissenschaftler, Zürich

16

Der Kanton Zug wird vier weitere Jahre von einer rechts-bürgerlichen Regierung regiert. Die Zusammensetzung des Kantonsrats bleibt stabil. Für die Zukunft entscheidend ist, wo sich die glp positionieren wird und ob der freiwillige Regierungsproporz doch noch realisiert wird.

In Zug wurde gewählt. Während multiple Krisen die Wogen der Weltpolitik hoch gehen lassen, nimmt das Zuger Elektorat keine Richtungsänderung vor. Die Veränderungen im Kantonsrat sind marginal. Wie in vielen anderen Kantonen, in denen bereits gewählt wurde, verliert die SP zugunsten der glp an Wähler:innenanteil. 2018 haben rund zwölf Prozent der Zuger:innen die SP gewählt – in diesem Jahr waren es noch 10,3 Prozent. Demgegenüber gewinnt die glp rund 700 Wähler:innen und steigert ihren Anteil von 5,3 auf 7,5 Prozent. Die SP hat nun neu acht Mandate, die glp deren sechs. Die ALG konnte ihren Anteil leicht steigern: von 13,3 auf 13,9 Prozent, bleibt aber bei elf Mandaten. Auf bürgerlicher Seite kam es ebenfalls nur zu geringen Verschiebungen: Die FDP gewinnt einen Prozentpunkt und die Mitte verliert 1,6 Prozentpunkte. Die rechtspopulistische SVP verliert ebenfalls rund einen Prozentpunkt. So kommen die ökologischen Stimmen, die – wenn auch unterschiedliche – politische Lösungen im Zeitalter der Klimaerhitzung zu bieten haben, gemeinsam auf

rund 25 Mandate (32 Prozent). Dies ist ernüchternd. Gleichwohl ist zu hoffen, ja, zu hoffen, dass die bürgerlichen Parteien an politischer Ernsthaftigkeit zulegen und beginnen an Lösungen zu arbeiten, anstatt immer neue Probleme zu schaffen und zu bewirtschaften.

Wenn wir das Ergebnis der ALG etwas genauer unter die Lupe nehmen, dann fällt auf, dass sie in allen Talgemeinden, mit Ausnahme von Steinhausen und Walchwil, zulegen konnte. Besonders der Zuwachs in Zug, Baar, Risch und Hünenberg ist bemerkenswert und erfreulich. In Baar und Hünenberg lag der Zuwachs bei über 30 Prozent! Gleichzeitig geht dieser Erfolg primär auf Kosten der SP, die in diesen Gemeinden deutliche Verluste eingefahren hat, so dass das linke Lager gesamthaft eben kaum stärker wurde.

Das Ergebnis der ALG in den Regierungsratswahlen 2022 ist enttäuschend. Sie macht nur unwesentlich mehr Stimmen als die glp-Kandidatin. Vor allem in Steinhausen und in den Berggemeinden errang Tabea Zimmermann Gibson deutlich weniger Stimmen als Andreas Hürlimann vor vier Jahren. In Steinhausen ist der Verlust massiv.

In den urbanen Talgemeinden wurde die ALG-Kandidatin von teilweise deutlich mehr als 30 Prozent der Wählenden auf den Zettel geschrieben. Die bedeutet, dass in diesen Gemeinden neben den rund 25 Prozent linken Stammwähler:innen 5-10 Prozent Bürgerliche sich eine links-grüne Regierungsrätin wünschen. Doch dies reicht nicht für einen Sitz. Damit muss sich die ALG auch in Zug die Gretchenfrage stellen: Wie stark ist der Regierungswunsch und wie hältst du es mit der glp? Oppositionspolitik lebt vom Engagement und von der Überzeugung der Basis. Die Ressourcen sind knapp, der Einfluss bleibt gering. Dafür kann ohne Beisshemmung die Regierungsarbeit kritisch kommentiert werden. Was für mich zunehmend klar wird: In bürgerlichen Kantonen (und auch auf Bundesebene) wird es eher eine Regierungsbeteiligung der glp als der Grünen geben. Daher sind die Grünen tatsächlich dazu gezwungen, ihre komplizierte Beziehung mit der glp zu klären. Die Klimakrise erfordert radikal realistische Ansätze. Und wie schon Burckhardt, Frisch und Kutter in den 1950er Jahren geschrieben haben: «Man ist nicht realistisch, indem man keine Idee hat.» Es ist also Zeit, eine Idee für eine Zusammenarbeit mit der glp zu entwickeln. Nur so wird es gelingen, wieder eine ökologische Stimme in die Regierung zu hieven. ■

Tabelle 1: Ergebnis der Kantonsratswahlen 2014 - 2022

	ALG			Die Mitte			FDP		
	2022	2018	2014	2022	2018	2014	2022	2018	2014
Wähler:innen	4402	4143	3742	7594	7953	7840	6927	6508	6486
Anteil (in Prozent)	13.9	13.3	12.8	24	25.6	26.8	21.9	20.9	22.2
Mandate	11	11	10	19	21	22	18	17	18
	glp			SP			SVP		
	2022	2018	2014	2022	2018	2014	2022	2018	2014
Wähler:innen	2363	1655	1456	3246	3683	2707	6833	6950	6918
Anteil (in Prozent)	7.5	5.3	5	10.3	11.8	9.2	21.6	22.4	23.6
Mandate	6	4	4	8	9	7	18	18	19

Tabelle 2: ALG Ergebnis der Kantonsratswahlen nach Gemeinden 2014 - 2022

	2022		2018		2014	
	Wähler:innen	Anteil	Wähler:innen	Anteil	Wähler:innen	Anteil
Stadt Zug	1298	18.4	1245	16.2	1245	17.9
Baar	686	12.4	541	9.3	464	9.2
Cham	498	13.3	469	13.1	362	10.2
Steinhausen	481	19.3	643	25.1	473	19.6
Risch	451	19.6	338	17.1	280	13.7
Hünenberg	382	14.6	264	10.1	221	9.8
Unterägeri	193	7.1	247	10.5	185	9.4
Oberägeri	230	12.3	119	7	200	12
Menzingen	158	10.4	177	10.8	172	11
Walchwil	16	1.5	46	4.6	32	2.9
Neuheim	9	1.2	140	19.2	108	14.6

Tabelle 3: Ergebnis Regierungsratswahlen 2022

Kandidierende	Partei	Stimmen	Anteil in Prozent	Gewählt
Tabea Zimmermann Gibson	ALG	11 739	35	Nein
Tabea Estermann	GLP	11 667	35	Nein
Laura Dittli	Die Mitte	21 013	62	Ja
Silvia Thalmann	Die Mitte	20 097	60	Ja
Martin Pfister	Die Mitte	21 894	65	Ja
Andreas Hostettler	FDP	20 647	61	Ja
Florian Weber	FDP	20 492	61	Ja
Stephan Schleiss	SVP	18 379	55	Ja
Heinz Tännler	SVP	19 203	57	Ja
Adi Hadodo	Aufrecht-zug	3636	11	Nein

Tabelle 4: Ergebnis der Regierungsratswahlen der ALG Kandidierenden nach Gemeinde 2014 - 2022

	2022		2018		2014	
	Wähler:innen	Anteil	Wähler:innen	Anteil	Wähler:innen	Anteil
Stadt Zug	3357	43.7	3392	44.1	3798	51
Baar	2172	35.7	2279	36.3	2505	47.5
Cham	1535	38.4	1487	39.7	1924	50.4
Steinhausen	980	37.4	1661	60.8	1392	55.7
Risch	751	30.9	748	36	924	43.9
Hünenberg	934	34.5	962	35.7	1101	47.4
Unterägeri	741	26.6	769	32.3	985	50.2
Oberägeri	398	20.5	447	26.2	659	39.8
Menzingen	420	26.9	588	35.5	738	46.1
Walchwil	262	23.4	281	28.3	400	36.6
Neuheim	189	26.7	242	33.4	277	40

Zuger Gefälle

Josef Lang

18

Die Mitte verlor beim Proporz und gewann beim Majorz. Bei den Alternativen war es umgekehrt. Wie erklärt sich das?

Erstmals in der Geschichte des Kantons Zug hat die Mitte, die frühere CVP, weniger als 20 Sitze im 80köpfigen Kantonsrat. Als ich 1974 das erste Mal wählen konnte, eroberte die CVP 44 Sitze. 1986 fiel sie erstmals unter 40, 1998 unter 30 Sitze. 1974 stellte sie – völlig zu Recht – vier der sieben Regierungsräte. Heute haben wir die groteske Situation, dass die Mitte mit 24 Prozent der Stimmen drei Regierungssitze und die Linke mit 24,2 Prozent keinen einzigen hat.

Ein Symbol für das kantonale Majorz-Proporz-Gefälle ist Oberägeri. In der Berggemeinde verlor die Mitte ihren zweiten Kantonsratsstz an den Jungen Alternativen Andreas Iten. Der bisherige Kantonsrat Patrick Iten (Die Mitte) kann seinen Sitz im Parlament behalten, weil seine Listenpartnerin Laura Dittli in die Regierung gewählt wurde. Gleichzeitig zeigt Oberägeri, dass das Gefälle auf kommunaler Ebene kleiner ist. Hier scheiterte die Mitte mit ihrem Versuch, das grüne Forum aus dem Gemeinderat zu kippen.

Mitte: Arroganz statt Ausgleich

Wie erklärt sich, dass die Mitte mit weniger als einem Viertel Stimmenanteil 43 Prozent der Regierungssitze innehat? Die erste Erklärung ist der schweizweit bekannte Wortbruch. 2012, als die Regierung ihren dritten Anlauf unternahm, den Majorz einzuführen, hat sie den «freiwilligen Proporz» versprochen. Nun aber praktiziert die gleiche Mitte, die national den politischen Ausgleich predigt, im Kanton ihres Parteipräsidenten die Arroganz der Macht.

Allerdings bleibt die Frage, warum die anderen bürgerlichen Parteien diesen Wortbruch mittragen. Der Bürgerblock ist in keinem Deutschschweizer Kanton so kompakt wie im Kanton Zug. Aus diesem Grund klappte das Zusammengehen der CVP und FDP

mit der neuen SVP reibungsloser als in anderen Kantonen. Dazu passt, dass die Zuger FDP am rechten Flügel des Schweizer Freisinns politisiert. Und dass nur ländliche CVP-Sektionen derart rechts stehen wie die zugerische. Auf nationaler Ebene, selbst in der CVP-Fraktion, gab es deshalb die Meinung, Gerhard Pfister passe besser in die SVP.

Am 2. Mai 2007 dementierte Gerhard Pfister, der damalige Kantonalpräsident, diese Unterstellung vor Zuger Wirtschaftsvertretern, indem er das Bulletin des Alternativen Zug zitierte: «Für einmal hat Jo Lang etwas Richtiges geschrieben: Erstens sei der Stil der SVP nicht unbedingt mit meinem kompatibel, zweitens würde ich es ablehnen, in einer Fraktion zu sein, wo man auf Kommando politisiert, drittens sei ich durchaus ein typischer Vertreter der CVP Kanton Zug, die innerhalb der CVP Schweiz eine der wirtschaftsnahen und in diesem Sinne rechtsten sei.»

Vergleich mit den Nachbarkantonen

Dass der Zuger Bürgerblock extrem kompakt ist, zeigt ein Zahlenvergleich mit den Nachbarkantonen. Im Kanton Zug betrug der Unterschied zwischen dem Bestgewählten (Martin Pfister mit 21894 Stimmen) und dem 7. Platz (Stephan Schleiss mit 18379 Stimmen) bloss 16 Prozent und das, obwohl die Bürgerlichen alle Sitze beanspruchten. Gewiss kam den Bürgerlichen die inhaltslose Glanz-und-Gloria-Kampagne eines grassierenden Boulevard-Journalismus entgegen. Aber dass dies auch die FDP- und SVP-WählerInnen goutierten, bestätigt die politische Nähe der drei rechtsbürgerlichen Parteien.

Im Kanton Luzern betrug bei den Regierungsratswahlen 2019 der Unterschied zwischen dem mit 59291

Stimmen am besten und dem mit 39500 Stimmen am schlechtesten gewählten Bürgerlichen 33,4 Prozent. Letzterer hatte im ersten Wahlgang weniger Stimmen als die grüne Kandidatin und der sozialdemokratische Kandidat gemacht. Dank des Bürgerblocks obsiegte er dann im zweiten Wahlgang relativ knapp gegen die grüne Korintha Bärtsch. Im Kanton Schwyz, wo 2020 ebenfalls lauter Bürgerliche gewählt wurden, betrug der Unterschied zwischen dem ersten (26254 Stimmen) und dem siebten (12641 Stimmen) 52 Prozent der Stimmen. Damit zeigen die beiden Innerschweizer Nachbarkantone riesige Unterschiede zu Zug.

Aber auch in den beiden anderen Nachbarkantonen sind die Unterschiede deutlich grösser, obwohl die Bürgerlichen nicht alle Regierungssitze beanspruchten. Im Kanton Zürich, wo die Bürgerlichen gemeinsam um fünf der sieben Regierungsratssitze kämpften und deren vier schafften, betrug der Unterschied zwischen dem stärksten und dem schwächsten Bürgerlichen 22,2 Prozent. Im Kanton Aargau, wo die Bürgerlichen vier der fünf Sitze beanspruchten und holten, betrug der Unterschied zwischen dem am besten und dem am schwächsten gewählten Bürgerlichen 22,1 Prozent.

Zuger Zement vom 25. September 2022

Die Kompaktheit des Zuger Bürgerblocks baut auf den beiden Zuger Spezialitäten: Tiefststeuerpolitik und «Willkommenskultur», wie SVP-Regierungsrat Heinz Tännler die Willkür zugunsten von Konzernen und Reichen nannte. Dabei ist die ideologische Wirkung dieser Politik auf kantonaler Ebene stärker als in den Gemeinden. Die lokal verheerendste Folge des Fiskaldumpings, die hohen Wohnkosten und damit die soziale Verdrängung junger Familien, ist wahlpolitisch für die Bürgerlichen ein kleineres Problem



Die ersten Proporzahlen auf nationaler Ebene fanden 1919 statt und führten zu einer massiven Veränderung der Kräfteverhältnisse im Nationalrat. Die Radikal-Liberalen verloren nahezu die Hälfte ihrer Sitze. Zu den Gewinnern gehörten die Sozialdemokraten und die Bauernpartei. (Archiv ALG)

als für die Linken. Die schleichende Gentrifizierung des Kantons Zug zeigte sich auffällig stark bei den eidgenössischen Abstimmungen vom 25. September 2022.

Eine Woche vor den Zuger Wahlen stimmten die Bürgerinnen und Bürger über zwei umstrittene Fragen ab, die die bürgerlichen und wohlhabenden Wählerinnen und Wähler stärker mobilisierten als die anderen Bevölkerungsschichten. Bei der schweizweit abgelehnten Verrechnungssteuer-Vorlage stimmte nur Nidwalden deutlicher als Zug zugunsten der Reichen. Und bei der knapp angenommenen AHV-Vorlage war Zug mit einem Ja-Anteil von 65 Prozent der unsozialste aller Kantone. Ausgerechnet zum Zeitpunkt, an dem die ZugerInnen ihre Wahlzettel auszufüllen hatten, schärfte der

Kanton sein wirtschaftsbürgerliches Profil. Das schweisste den Bürgerblock wieder zusammen, nachdem er in der ersten Jahreshälfte brüchig geworden war.

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine und die öffentliche Thematisierung der massiven Beihilfe für dessen Aufrüstung aus dem Zuger Rohstoffhandelsplatz hatte unter Zuger Bürgerlichen zu einer Verunsicherung geführt. Diese führte nach Heinz Tännlers ebenso legendärem wie authentischem Fernsehauftritt vom 23. März 2022 zu einem starken Malaise. Der bürgerliche Zuger Zement begann zu bröckeln. Aber im Laufe des Monats August traten diese Fragen in den Hintergrund. Es dominierten die Angst vor einer Energiekrise und die Themen der September-Abstimmungen.

Die Linke stieg von sieben auf 19 Sitze

Ist es da nicht erstaunlich, dass die Bürgerlichen bei den Proporzahlen mit einem gesamthaften Rückgang von 1,4 Prozent mehr Stimmen verloren haben als die Linken? Während die SP 1,5 Prozent verlor, gewannen die Alternativen 0,6 Prozent. Die 13,9 Prozent der Alternativen sind umso beachtlicher, als die Grünliberalen auf 7,5 Prozent gewachsen sind und die Alternativen bereits 2014 und 2018 zugelegt hatten. In der Geschichte des Zuger Kantonsrates hat es erst zwei Wahlen (2006 und 2018) gegeben, in denen die Linke mit 20 Sitzen stärker war als heute. 1974 eroberte die SP sieben Kantonsratsmandate (und einen Regierungssitz). Heute hat die SP acht Sitze und haben die Alternativ-Grünen zusätzlich deren elf.

Die wirkliche Proporz-Frage lautet: Wie erklärt sich die Fähigkeit der Alternative-die Grünen, selbst unter schwierigen Umständen wie dem letzten Wahlsonntag zuzulegen? Eine starke Minderheit der Zuger Bevölkerung wünscht sich eine ökologische, soziale und ethische Wende. Das Putin-Verhängnis, in das die Tiefsteuerpolitik und die Willkürpraxis den Standort Zug gestürzt haben, haben die Bedenken dieser Minderheit bestätigt und bestärkt. Dass die Alternativ-Grünen seit zwei Jahrzehnten vor den russischen Firmen und Oligarchen warnen, wurde von dieser Minderheit auf der Proporz-Ebene honoriert.

(Bei diesem Text handelt es sich um die stark ergänzte Version eines Beitrags auf Zentralplus vom 6.10.2022.) ■

Kreislaufwirtschaft

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

20

Am 8. März 2019 lancierten die Jungen Grünen Zürich die Kreislauf-Initiative. Damit soll es im Kanton Zürich im Klimaschutz endlich vorwärts gehen, die Ressourcenverschwendung gestoppt und ein wichtiger Schritt in Richtung Kreislaufwirtschaft gemacht werden. Es kam zu einem Gegenvorschlag des Regierungsrates, der vom Kantonsrat unterstützt wurde und schliesslich mit einem überwältigenden JA (89 Prozent) der Zürcher Stimmbevölkerung am 25. September 2022 angenommen wurde.

700 kg Abfall produziert ein Schweizer Haushalt im Schnitt pro Jahr. Tendenz steigend! Damit gehört die Schweiz zur europäischen Spitze bei der Abfallmenge. Einen grossen Anteil daran haben z. B. unnötige Verpackungsmaterialien oder Einwegprodukte wie Plastikgeschirr. Zum anderen werden unsere Ressourcen schlicht verschwendet. Ein Drittel aller Lebensmittel landen direkt im Abfall. Diese enorme Ressourcenverschwendung trägt zugleich massgeblich zum Klimawandel bei.

Was ist Kreislaufwirtschaft?

Die Kreislaufwirtschaft ist ein Modell der Produktion und des Verbrauchs, in welchem bestehende Materialien und Produkte so lange wie möglich geteilt, geleast, wiederverwendet, repariert, aufgearbeitet und recycelt werden. Auf diese Weise wird der Lebenszyklus der Produkte verlängert. In der Praxis bedeutet dies, dass Abfälle auf ein Minimum reduziert werden. Nachdem ein Produkt das Ende seiner Lebensdauer erreicht hat, verbleiben die Ressourcen und Materialien so weit wie möglich in der Wirtschaft. Sie werden also immer wieder produktiv weiterverwendet, um weiterhin Wertschöpfung zu generieren.

Die Kreislaufwirtschaft steht im Gegensatz zum traditionellen, linearen Wirtschaftsmodell («Wegwerfwirtschaft»). Dieses Modell setzt auf grosse Mengen billiger, leicht zugänglicher Materialien und Energie. «Geplante Obsoleszenz» ist ein weiteres Merkmal. Darunter wird der Verschleiss als Marketingstrategie verstanden. Das Veralten eines

Produktes (Obsoleszenz) wird vom Hersteller geplant und konzeptionell vorgesehen.

Abhängigkeit vermindern

Ressourcen werden knapp. Eine Reihe wichtiger Rohstoffe ist nur begrenzt verfügbar und da die Weltbevölkerung wächst, steigt auch die Nachfrage nach Rohstoffen. Ferner sind gewisse Länder von anderen bei der Versorgung mit Rohstoffen abhängig.

Gewinnung und Verwendung von Rohstoffen haben erhebliche Auswirkungen auf Klima und Umwelt. Sie erhöhen den Energieverbrauch und die CO₂-Emissionen. Die intelligente Nutzung von Rohstoffen kann CO₂-Emissionen senken.

Durch Abfallvermeidung, Ökodesign, Wiederverwendung und ähnliche Massnahmen könnte man viel Geld sparen und gleichzeitig die Treibhausgasemissionen senken. Gegenwärtig ist die Produktion von Materialien, die Tag für Tag genutzt werden, für 45 Prozent der CO₂-Emissionen verantwortlich.

In einer Kreislaufwirtschaft profitieren Verbraucher von langlebigeren und innovativeren Produkten, die längerfristig gesehen zu Kosteneinsparungen und einer höheren Lebensqualität führen.

Das Wiederaufbereiten von Gütern und Materialien generiert Jobs und spart Energie, und es vermindert Abfälle und den Verbrauch von Ressourcen. Eine Glasflasche zu waschen und sie wiederzuverwenden, ist schneller und günstiger, als das Glas zu rezyklieren oder aus Mineralien eine neue Flasche herzustellen. Nicht zuletzt spielt in der Kreislaufwirt-

schaft auch die Herkunft der Energie eine wichtige Rolle. Zum Einsatz kommen ausschliesslich erneuerbare Energieträger. Nicht erneuerbare wie Benzin, Diesel und Heizöl hingegen sind charakteristisch für eine lineare Wirtschaft. Sind sie einmal verbrannt, können sie nicht mehr im Sinne der Kreislaufwirtschaft wiederverwendet werden.

Was ist ökologisch sinnvoll?

Nicht alle Massnahmen, die Kreisläufe schliessen, sind auch aus Umweltsicht sinnvoll. Recycling kann beispielsweise viel Energie, Wasser und Chemikalien verbrauchen. Kommt dazu: Substanzen, die Gesundheit und Umwelt gefährden, sollten bei der Produktion gar nicht erst eingesetzt werden. Falls sich das nicht vermeiden lässt, dürfen sie nicht in den Materialkreisläufen verbleiben und mit sauberen Sekundärrohstoffen vermischt werden. Bei der Wiederaufbereitung von Papier etwa bedeutet diese Forderung, dass Schadstoffe während des Recyclingprozesses entfernt werden. Sie werden also aus dem Kreislauf ausgekoppelt. Nicht nur solcher Überlegungen wegen ist es anspruchsvoll, das Konzept der Kreislaufwirtschaft in der Realität kohärent umzusetzen. Doch mit Blick auf die Umwelt gibt es eine verlässliche Richtschnur: Was ökologisch sinnvoll ist, zeigt erst eine umfassende Ökobilanz. Wenn man diese beachtet, bietet die Kreislaufwirtschaft Chancen, von denen Umwelt und Wirtschaft gleichzeitig profitieren können.

Die Idee der geschlossenen Kreisläufe ist nicht neu. Bis zum Wirtschaftsboom Mitte des vergangenen Jahrhunderts verbrauchten die Menschen auch in den Industrieländern viel weniger Rohstoffe und natürliche Ressourcen als heute. Und in der Kultur unserer Vorfahren war das Reparieren und Wiederverwenden von Kleidern und Haushaltsgegenständen eine Selbstverständlichkeit. Bloss: Obwohl die Potenziale einer Kreislaufwirtschaft



In der Kreislaufwirtschaft wird der Lebenszyklus eines Produkts verlängert. Besseres Design macht es möglich, Sachen einfacher zu reparieren, wiederzuverwerten oder alte Produkte aufzubereiten. Zudem soll ein verbessertes Abfallmanagement dazu beitragen, den Müll zu verringern. Weiter sollen Objekte einfacher gemietet, geteilt oder weiterverkauft werden.

schon lange erkannt sind, befinden sich heute erst wenige Materialien in einem Kreislauf. Die «circular economy» ist eine Vision, der man sich schrittweise annähert – in der Schweiz und weltweit.

Ende gut, alles gut?

Doch das Ziel ist selbst dann noch nicht erreicht, wenn sich die Materialien in allen Bereichen in einem Kreislauf befinden und nur noch erneuerbare Energie verwendet wird. Denn Recycling, Wiederaufbereitung und Reparaturen beanspruchen natürliche Ressourcen; und die Bereitstellung der verwendeten erneuerbaren Energie belastet die Umwelt ebenso. Die Kreislaufwirtschaft allein wird deshalb unseren ökologischen Fussabdruck nur beschränkt reduzieren können. Um den hohen individuellen Ressourcenverbrauch zu verringern,

sind zusätzliche Ansätze für eine Veränderung nötig. Zu viel Besitz ist auch eine Last.

So gross ihre Möglichkeiten auch sind: Es gibt grundsätzliche Vorbehalte gegen die Kreislaufwirtschaft. Im Zentrum steht die Frage, ob sie tatsächlich ein Wirtschaftswachstum ermöglicht, ohne zunehmend mehr Ressourcen zu verbrauchen. Darum wird das Modell oft um die Forderung nach Suffizienz ergänzt. Das bedeutet: Nur mit einem massvollen Konsum können wir unseren Verbrauch an Ressourcen ausreichend senken. Wenn diese Betrachtungsweise fehlt, ist die Kreislaufwirtschaft im besten Fall ein Weg, den unvermeidlichen Kollaps aufzuschieben.

Auslandsabhängigkeit verringern

Die Schweiz ist in vielerlei Hinsicht ein rohstoffarmes Land. Deshalb ver-

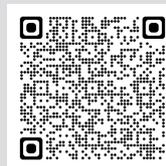
folgt sie Ansätze zu einer Kreislaufwirtschaft bereits seit Mitte der Achtzigerjahre – und es ist ihr gelungen, gewisse Kreisläufe zumindest teilweise zu schliessen. Die konsequente Nutzung von Sekundärrohstoffen soll nicht zuletzt dazu beitragen, die Abhängigkeit der Schweiz von Rohstoffimporten zu reduzieren und die natürlichen Ressourcen weltweit zu schonen. 73 Prozent der gesamten Umweltbelastung des Schweizer Konsums fielen 2015 im Ausland an. ■

Quellen

Europäisches Parlament – Schlagzeilen – Wirtschaft – Kreislaufwirtschaft



BAFU – Thema Wirtschaft und Konsum – Fachinformationen – Kreislaufwirtschaft



Vergessen

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

22

Im BULLETIN 3/2021 wurde zuletzt über den Alltag der geflüchteten Menschen in Griechenland berichtet. Schon in früheren BULLETINS wurde die Situation in Griechenland thematisiert.

Das Hilfswerk network ANTHROPIA entstand aus der Notsituation geflüchteter Menschen in Griechenland. Im Süden von Athen betreibt network ANTHROPIA ein Begegnungszentrum, wo geflüchteten und bedürftigen Menschen eine Möglichkeit geboten wird, mit und voneinander zu lernen, zu



Schuhe haben für flüchtende Menschen eine «tragende» Funktion.

kochen, gemeinsam zu essen und sich gegenseitig mit Rat und Tat beizustehen. Kinder erhalten die Möglichkeit, einen Vorschulkindergarten zu besuchen. Erwachsene und Jugendliche erhalten Sprachunterricht. Network ANTHROPIA tätig im Rahmen der Nothilfe auch grössere und kleinere unbürokratische Nothilfsaktionen.

Fokus Ukraine

Im Februar 2022 begann der Krieg in der Ukraine und vom ersten Moment an war auch network ANTHROPIA auf verschiedene Arten involviert. Alain

Jens vom Hilfswerk Enfants Solidaires, der seit vielen Jahren Kinderheime und Waisenhäuser in verschiedenen Ländern Europas unterstützt, bat um Hilfe. Er benötigte dringend einen Zustupf an seine Benzinkosten. Er war und ist seit vielen Jahren in der Ukraine und anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks und im Balkan unterwegs (auch in Griechenland) und fördert die Solidarität von Kindern mit Kindern über Grenzen hinweg. Seit dem Kriegsbeginn ist er noch unermüdlicher unterwegs, dorthin, wo die Ärmsten und Kleinsten auf dringende Unterstützung warten. Er fährt mit seinem Transporter in jene Gegenden der Ukraine, in die niemand geht und die auch niemand verlassen kann. Dank seinen Kontakten ist er bestens vernetzt und kann diese Menschen unterstützen. Wir sind in Kontakt mit Alain und nehmen auch für diese Organisation Hilfe entgegen, die wir sofort weiterleiten.

Hilfswerke unterstützen sich gegenseitig

Unsere Arbeit beschränkt sich nicht nur auf das Center in Lavrio. Unsere Präsidentin Renata Herger macht sich auch oft auf den Weg in den Norden Griechenlands, z.B. nach Thessaloniki oder Ioannina, um dort tatkräftig andere Hilfsorganisationen zu unterstützen. Da ist einerseits WAVE-Thessaloniki, wo Obdachlose – Geflüchtete und Griech*innen – jeden Tag eine warme Mahlzeit erhalten. Oder das Center IRIDA, das Frauen aus der ganzen Welt einen sicheren und partizipativen Raum zur Verfügung stellt. Auch mit der Organisation «Be Aware And Share (BAAS)» arbeiten wir sehr eng zusammen und stellen unser Netzwerk zur Verfügung.

Das Einrichten eines sogenannten Freeshops war ein solches kooperatives Projekt. In dieser Art von Laden



So sieht ein Einkaufswagen für eine Nothilfeaktion in einem Camp aus.

können bedürftige Menschen Kleider und Schuhe sowie weitere dringend benötigte Artikel erwerben. Die Menschen kaufen mit Punkten ein. Sie erhalten je nach Grösse der Familie ein Punkteguthaben. Die Basis für die Kleiderquelle leistet Attika Warehouse, auch mit ihnen arbeiten wir eng zusammen. Diese Organisation leistet Maximales.

In den letzten Jahren haben sich immer mehr Hilfsorganisationen aus Griechenland zurückgezogen. Der Krieg in der Ukraine hat diese Tendenz verschärft. Umso schöner, dass die verbleibenden Organisationen sich gegenseitig unterstützen, damit die Hilfe jenen zugutekommt, die sie am dringendsten benötigen, und nicht unnötige Ressourcen verschleudert werden.

Europäischer Gerichtshof verurteilt Griechenland

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat am 7. Juli ein historisches Urteil über die illegale und lebensgefährliche Praxis Griechenlands gefällt, Boote mit Asylbewerbern in die Türkei zurückzudrängen. Elf Frauen und Kinder, darunter auch Säuglinge, starben am 20. Januar 2014 vor der griechischen Insel Farmakonisi bei einer Aktion, die Überlebende als «Pushback» beschreiben. Sie berichteten, dass ein Schiff der griechischen Küstenwache ihr Boot bei schlechtem Wetter mit hoher Geschwindigkeit in Richtung der türkischen Küste zurückschleppte. Dabei kenterte das Boot.

Nachdem der Fall eingestellt wurde, legten Überlebende und Angehörige der Verstorbenen 2015 beim Europäischen Gerichtshof Beschwerde ein. Mindestens 32 weitere Fälle von angeblichen Zurückdrängungen durch Griechenland sind vor dem Gerichtshof anhängig. Acht Jahre später hat der Gerichtshof entschieden, dass die griechischen Behörden während der Operation nicht alles getan haben, was vernünftigerweise von ihnen erwartet werden konnte, um die Tragödie zu verhindern und die Menschen an Bord zu schützen.



Die Mitarbeitenden von network ANTHROPIA beim Verladen der Hilfsgüter.

Versorgung der Gefangenen

Alle paar Wochen organisiert network ANTHROPIA eine Versorgungstour für die Inhaftierten im Internierungslager Amygdaleza, ausserhalb Athens. Amygdaleza dient als geschlossenes Aufnahmезentrum für Migrant*innen, die sogenannten freiwillig in die Heimat zurückkehren. «Freiwillige Rückkehr und Reintegration» heisst das Programm der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Es wird zu 75 Prozent von der Europäischen Union (AMIF) und zu 25 Prozent

von Griechenland gefördert. 500 Euro pro Kopf erhalten die Menschen, die Europa über das Programm der IOM verlassen, als Neustart in der Heimat. Den Menschen im Lager fehlt es an allem. In den letzten Wochen sind wieder sehr viele neue Flüchtlinge eingetroffen. Die Versorgung im Lager ist ausserordentlich schlecht. Kleidung, Schuhe, Schlafsäcke sind Dinge, die benötigt werden. Unsere Organisation holt die benötigten Gegenstände solange vorrätig in einem Lagerhaus, wo gesammelte Kleider etc. gelagert werden. Es ist nicht selbstverständlich, dass die Gegenstände in Amygdaleza abgegeben werden dürfen. Es ist jedesmal zu hoffen, dass die Sachen über zwei dort inhaftierte Personen auch verteilt werden dürfen, wir sind angewiesen auf Goodwill der Angestellten vor Ort.

Peloponnes

Bis zum Peloponnes erstreckt sich das Einflussgebiet von network ANTHROPIA. Die Leute in Mirsini leiden grosse Not. Viele der Geflüchteten in Mirsini haben ihr Asyl in Griechenland erhalten. Dann entfallen per sofort Cashcard, Anrecht auf Essen und Obdach. Wenn diese Menschen nicht gleich aus dem Camp geworfen werden, worüber man ja froh sein müsste, bedeutet das, dass sie trotzdem auf der Versorgungsliste gestrichen sind. Das (ungeniessbare) Essen ist dann noch knapper. Daher ist die Versorgungslage desolat. Network ANTHROPIA unternimmt gelegentliche Versorgungstouren, ebenfalls unterstützt durch andere Hilfsorganisationen. Damit ist es aber nicht getan. Der Versuch, mit dem Camp-Management in Kontakt zu treten und um eine bessere Versorgung zu bitten, ist ebenfalls Teil der Arbeit. Im Camp in Mirsini leben 200 bis 300 Leute, ein Drittel davon Kinder, und da es sehr abgelegen ist, wird es oft übersehen und vergessen. Zurzeit beobachten wir mit Sorge, dass wieder vermehrt unkontrollierte Lager auf abgelegenen Landstrichen entstehen.

Gerade auf der Fahrt nach Mirsini werden wieder des Öfteren Menschen gesehen, die wild campieren. Oft sind es jene Geflüchteten, die Asyl erhalten haben und dann aus Flüchtlingslagern ausgeschlossen werden. Das veranlasst diese Menschen, in ihrer Not Plastikunterkünfte im Nirgendwo zu erstellen. Solche Menschen sind besonders vulnerabel und noch weniger geschützt als jene im Lager. Übrigens ist, während dieser Text geschrieben wird, ein Hilferuf aus Mirsini eingegangen. Man hat dort keine Babywindeln mehr und viel zu wenig Essen. Viele neue Bootsflüchtlinge ohne warme Kleidung sind zudem dort eingetroffen. ■

network ANTHROPIA braucht finanzielle Unterstützung

ANTHROPIA unterstützt neben den Aktivitäten im Center die erwähnten Lager mit regelmässigen Lebensmittellieferungen. ANTHROPIA leistet auch Unterstützung in Notfällen.

Network ANTHROPIA

SFR Postfinance, Kt. 61-974295-5
IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5

EURO Postfinance, Kt. 91-414252-2
IBAN CH42 0900 0000 9141 4252 2



Enfants Solidaires



Grünen-Bashing

Grünspecht – ein kritischer Vogel

24

Wer in diesen Wochen eine Zeitung aufschlägt, traut seinen Augen nicht: Chefredaktoren, Kolumnisten und Partei-Vertreter haben ein neues Spiel entdeckt – das Bashing der Grünen. Bis hin zur ketzerischen Frage – wofür braucht es eigentlich die Grüne Partei?

Einst trainierten Skifahrerinnen und Skifahrer aus aller Welt im Sommer auf dem Gletscher am Fuss des Matterhorns. Damals, als die Klimaerwärmung ihren Anfang, aber ausser den Grünen niemand die Warnungen der Klimaforschenden ernst nahm. In diesem Jahr hätten zum ersten Mal genau am Matterhorn Skiren-



nen stattfinden sollen; sie wurden «abgesagt». Im Wort «abgesagt» steckt die Hoffnung, dass es nächstes Jahr dann anders sein wird. Die allermeisten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sind aufgrund ihrer Forschungen der Ansicht, vielleicht sei nächstes Jahr ein Rennen am Matterhorn möglich, aber langfristig würde es mehr Absagen von Skiren- geben.

Abgesagt ans Machtkartell

Abgesagt haben die Grünen nach den Rücktritten von Ueli Maurer und Simonetta Sommaruga den Angriff auf einen Sitz im Bundesrat. Die jetzigen vier Bundesratsparteien haben

klar zum Ausdruck gebracht, dass sie während der Legislatur keine Änderungen an der Zusammensetzung des Bundesrates mittragen wollen und dass Bisherige nicht abgewählt würden. Das Machtkartell funktioniert bis auf Weiteres.

Daran ändern auch die Schalmeienklänge von Gerhard Pfister nichts, der den Grünen «strategisches Versagen» vorwirft, weil sie bei der Ersatzwahl für Simonetta Sommaruga nicht mitmischen wollen und damit die Chance verpassen würden, einen Sitz im Bundesrat zu ergattern. Das hätten die bürgerlichen Parteipräsidenten gerne so gehabt – SP und Grüne bekämpfen sich ein Jahr vor den eidgenössischen Wahlen. Hauskrach bei den Linken – diesen Gefallen hat die Grüne Fraktion den rechtsbürgerlichen Parteien zu Recht nicht gemacht.

Grüne bleiben nötig

Der ehemalige Präsident der Grünen, Peter Schmid, äusserte bei seiner Antrittsrede 1987 die Hoffnung, dass dereinst die Grünen als Partei überflüssig würden – dann nämlich, wenn die anderen Parteien in der Umweltpolitik «unsere Zielsetzungen übernehmen» würden. Von schönen Zielen in den Parteiprogrammen von FDP und Mitte hat das Klima leider nichts, auf die Taten kommt es an: Die wählerstärkste Partei der Schweiz, die SVP, opponiert gar gegen jede wirksame Klimapolitik, wie die Ablehnung des CO₂-Gesetzes und ganz aktuell das Referendum gegen den indirekten Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative beweist. Die Vordenker und Einpeitscher vom rechten Rand gehen noch weiter. Markus Somme fordert in seiner Kolumne in der Sonntagszeitung das UVEK

in bürgerliche Hände, und er meint explizit SVP oder FDP. Nachhaltige Energie- und Klimapolitik ade. Und die Gewerbezeitung titelte kürzlich «Öl: Lebensversicherung der Wirtschaft».

Im Versicherungsgeschäft werden Risiken durch Rückversicherungen abgedeckt. Die Munich Re, eine der grossen Rückversicherungen der Welt, hält auf ihrer Homepage fest, dass entschiedenes Handeln gegen den Klimawandel nötig ist. Hierzulande haben die rechtsbürgerlichen Parteien eine kurzfristige und ideologische Sicht. Die Rückversicherung für die Öllobby zahlt dann der ganze Planet. Daraus ergibt sich nur ein Fazit: Es braucht in der Schweiz die Grüne Partei; sie ist notwendiger denn je, wenn man ein bisschen weiter in die Zukunft schaut als bis zu den nächsten Wahlen.

Keine Pflasterli-Politik

Auch weltweit sind die Grünen mit ihrem Engagement unerlässlich. Das hat die Klimakonferenz in Scharmel-Sheikh gezeigt – keine wirklichen Klimamassnahmen, dafür ein Geldtopf, mit dem die meistbetroffenen Staaten entschädigt werden. Greenpeace-Vorstand Martin Kaiser bezeichnete das als «Pflaster auf eine klaffende Wunde». Eine klaffende Wunde mit einem kleinen Pflaster zu verarzten, klingt nach sicherem Verbluten. Das Grünen-Bashing hat einen einfachen Grund – es soll vom eigenen Versagen in der Klimapolitik ablenken.



Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats erachtet es als problematisch, dass das Grundwasserschutzrecht auch 25 Jahre nach seiner letzten Revision noch nicht systematisch angewendet wird. Sie fordert in ihrem Bericht vom 30. Juni 2022, dass der Bundesrat rasch Massnahmen ergreift, um für einen korrekten Rechtsvollzug zu sorgen. Der Bundesrat teilt die Ansicht der Kommission und hält fest, dass die in vielen Kantonen bestehenden Defizite rasch beseitigt werden müssen und ein besserer Schutz der Trinkwasserressourcen gewährleistet werden soll. – Hallo? Muss oder soll? ■

An seiner Sitzung vom 16. November 2022 entschied der Bundesrat, das Treffen zwischen den Präsidenten Biden und Putin in Genf am 16. Juni 2021 als ausserordentliches Ereignis im Sinne des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit einzustufen. Damit beteiligt sich der Bund an den Kosten zur Gewährleistung der Sicherheit der Teilnehmenden an diesem Treffen. – Wie bitte? Ach so, gewisse Mühlen mahlen langsam. ■

Die Schweiz kann ihre Energieversorgung bis 2050 klimaneutral ausgestalten und gleichzeitig die Energieversorgungssicherheit gewährleisten. Das zeigen die Energie-

perspektiven 2050+, die Ende 2020 publiziert worden sind. Nun liegt auch eine Studie zu den volkswirtschaftlichen Auswirkungen von ausgewählten Massnahmenpaketen vor. Diese Studie zeigt: Die Schweizer Wirtschaft bleibt bei einer Ausrichtung der Energie- und Klimapolitik auf Netto-Null-Emissionen auf Wachstumskurs. – Da sind wir aber froh... ■

Der zuständige Fachausschuss der Vereinten Nationen hat Ende Oktober rund 70 Empfehlungen zur Umsetzung des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) an die Schweiz veröffentlicht. Die Handlungsempfehlungen fordern die Sicherstellung der Gleichstellungsarbeit in den Kantonen, die Verstärkung der Massnahmen für die Lohngleichheit oder die Anpassung des Strafbestands der Vergewaltigung. – Sind wir da tatsächlich auch nach mehrmaliger Ermahnung immer noch so weit im Rückstand? 70 Empfehlungen? ■

Armutzeugnis: Auch in einem reichen Land wie der Schweiz gibt es Menschen, die in Armut leben. Besonders gefährdet sind Ältere und Frauen. In nackten Zahlen: 8,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung, also 722 000 Menschen sind von Armut betroffen

(2020). 2014 waren es noch 6,7 Prozent. Eine besonders verletzliche Gruppe sind Frauen, die sich scheiden lassen, die ihre Kinder allein grossziehen und deren Altersvorsorge dann ebenfalls knapp ausfällt. – Was machen wir da falsch? ■

Dicke Post wieder einmal von der SVP: Sie hat das Referendum gegen das neue Klimagesetz (indirekter Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative) lanciert. Damit steht sie allein einer breiten Allianz von Umweltorganisationen, Verbänden der Wirtschaft, der Zivilgesellschaft und allen anderen Parteien gegenüber. Die SVP startet in die Unterschriftensammlung mit Falschaussagen und Lügen. Der Gebäudebereich ist einer der grössten Verursacher von CO₂-Emissionen. Die SVP behauptet, dass das Klimagesetz ein Verbot von Ölheizungen und eine Sanierungspflicht beinhaltet. Falsch! Das Gesetz beinhaltet kein einziges Verbot und keine Pflichten, sondern Fördergelder für den Heizungsersatz und die Energieeffizienz von Gebäuden. So kann der Umstieg auf erneuerbare Heizsysteme beschleunigt werden und es wird weniger Energie verschwendet. Die SVP behauptet weiter, dass das Klimagesetz die Energiekrise verschärft. Falsch! Wir müssen uns von den fossilen Energien und der Abhängigkeit von

instabilen Erdölstaaten befreien. Nur so schaffen wir Versorgungssicherheit. Dank dem Klimagesetz werden Milliarden in die Schweizer Wirtschaft investiert. Das Klimagesetz kostet nicht hunderte Milliarden, sondern beinhaltet Förderbeiträge für neuartige Technologien und Unterstützungsgelder für den Heizungsersatz von 3,2 Milliarden Franken, verteilt auf 10 Jahre. – Sind das Lügen oder «nur» Vereinfachungen? Ist das politische Arbeit in einer Demokratie? ■

Zuger Wahlherbst, die Blätter fallen. Es war einmal im Kanton Zug vereinbart, Wahlpropaganda in Papierform gebündelt in einem gemeinsamen Umschlag durch die Gemeinde an die Stimmberechtigten zu versenden. 2022 erhielten wir in der Stadt Zug in diesem Couvert 425g Wahlpropaganda. Unadressiert in den Briefkasten flogen weitere 114g SVP, 95g FdP, 50g SP, 49g Mitte, 23g ALG. – Irgendetwas habe ich da wohl falsch verstanden. ■



26

**Montag, 10. Oktober kein
FLIZ-Abend**
Geister und Gäste

Montag, 12. Dezember
20 Uhr
Kino Gotthard

Zum 60. Todesjahr von Hermann Hesse und 30 Jahre nach der Uraufführung im Burgbachkeller Zug zeigt FLIZ den neu digitalisierten Film **GEISTER UND GÄSTE** von Isa Hesse-Rabinovitch.

Das Tessiner «Grand Hotel Brissago», einst bekannt für seine renommierten Gäste, wurde 1983 von einem Grossbrand zerstört. Die Geister ehemaliger Gäste, wie z. B. Tucholsky, Kästner, Caruso, Stresemann, aber auch von Flüchtlingen und Soldaten treffen in der Brandruine auf Gäste wie Mario Botta, Jo Mihaly, Schauspieler und Bedienstete. Ein faszinierendes Gewebe aus Fiktion und Wirklichkeit, welches die Vergangenheit des Grand Hotels heraufbeschwört. Nach dem Film Q&A mit Silver Hesse, Erich Langjahr und Annelies Ursin.


**ROTZLOCH
Ich zwinge dich nicht mich
zu umarmen**

Montag, 9. Januar
20 Uhr
Kino Gotthard

Rotzloch bei Stansstad liegt umgeben von Bergen am Vierwaldstättersee. Früher gab es hier ein Restaurant mit Tanzlokal, wo sich so manches Pärchen fand. Davon können die rund 60 jungen Asylbewerber aus Eritrea, Syrien und Afghanistan nur träumen. Sie leben isoliert im Steinbruch am Ende der Schlucht, in einem Gebäude der örtlichen Steinverarbeitungsanlage. Ein «Gefängnis mit offenen Türen», wie es einer der Protagonisten nennt. Viele haben keine Arbeitsbewilligung. Sie sitzen fest mit ihren Sehnsüchten nach Arbeit, Liebe und Sexualität. Einer hat eine Freundin, die anderen sagen, dass keine Frau einen arbeitslosen Asylbewerber wolle. Warten, Frustration, eigene Rollenbilder überdenken; es braucht viel, um in einer fremden Gesellschaft anzukommen. Die grandiose Bergwelt verkörpert symbolisch den steinigen Weg der Protagonisten. Maja Tschumi ist anwesend für Q&A.



Elke Mangelsdorff
FLIZ
FilmLiebhaberInnen Zug



Mittwoch, 4. Januar 2023
**Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug**
Gute Gespräche und feines
Essen
Ab 18.30 Uhr

Mittwoch, 1. Februar 2023
**Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug**
Gute Gespräche und feines
Essen
Ab 18.30 Uhr

Mittwoch, 1. März 2023
**Alternative Monatsbar
Im Siehbachsaal Zug**
Gute Gespräche und feines
Essen
Ab 18.30 Uhr

Freitag, 17. März 2023
**Parteiversammlung Grüne
Risch-Rotkreuz**
19.30 Uhr Sitzungszimmer
1. Stock, Dorfmatzzentrum
Rotkreuz

**Tagesaktuelle Übersicht der
Veranstaltungen finden Sie
unter: gruene-zug.ch/event**



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Beat Ryser
beatryser@yahoo.com

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Delia Meier & Matúš Bielik
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
@AlternativeZG



Instagram
@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter
Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr. 4, 10.12.2022
Erscheint viermal jährlich

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
Natalie Chiodi, Jonas Feldmann, Luzian Franzini, Hansjörg Glauser, Hansruedi Küttel

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Jungen Grünen erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN
6304 Zug
CH94 0900 0000 6003 0584 6

Redaktionsschluss
Nr. 1/2023:
Freitag, 4. März 2023

Erscheinungsdatum
Samstag, 25. März 2023

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

